

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zulpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 22 / 17. Jahrgang

31. Oktober 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Große Mobilisierung für Lohnfortzahlung und Flächentarif

Nach Spitzengespräch wieder regionale Verhandlungen in der Metallindustrie

Tagelang war unklar, ob der Aktionstag der IG Metall für die volle Lohnfortzahlung bei Krankheit am 24. Oktober stattfinden würde oder nicht. Auf das Scheitern des Spitzengesprächs hin legten dann doch am nächsten Tag mehrere hunderttausend Beschäftigte der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie die Arbeit nieder, viele nahmen an gewerkschaftlichen Protestkundgebungen teil. Mehr als 10.000 Beschäftigte haben sich im Zug der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung der IG Metall neu angeschlossen.

In Baden-Württemberg sind erstmals die Tarifkommissionen aller DGB-Gewerkschaften zusammengetreten, um ihr Vorgehen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung zu koordinieren. Die Unternehmen, ihre Verbände und die Bundesregierung müssen zur Kenntnis nehmen: Der Widerstand gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung ist kein pflichtgemäßes Strohfeuer, das bald in sich zusammenfällt; sondern Belegschaften und Gewerkschaften kämpfen im Bewußtsein, daß hier eine wichtige Entscheidung über die Rechte der abhängig Beschäftigten fällt.

Trotz verbreiteter interner Kritik hatte sich der Vorstand der IG Metall auf ein Spitzengespräch über ein „Gesamtpaket“ eingelassen. Neben der Lohnfortzahlung ging es um Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Fortführung des Beschäftigungssicherungstarifvertrags (Stichwort Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich), neue Altersteilzeit sowie Lohn- und Gehaltsentwicklung 1997.

Geplatzt sind die zentralen Verhandlungen über die Lohnfortzahlung und das Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Bei der Lohnfortzahlung hätte die IG Metall auf die Einberechnung der Überstunden verzichtet.

Das war Stumpfe von Gesamtmetall nicht genug. Er forderte die Herausnahme weiterer Lohnbestandteile, was die Lohnfortzahlung auf unter 90% ge-

drückt hätte. Für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter entsprechend der Teuerung und für das „Auftauen“ des 1994 eingefrorenen Weihnachts- und Urlaubsgeldes verlangte Gesamtmetall „Gegenleistungen“: Weihnachts- und Urlaubsgeld sollten auf das Niveau von tariflosen Bereichen abgesenkt werden – nach Pressemeldungen um 43%. Damit wäre die Lohn- und Gehaltsentwicklung unter dem Strich auch nominal negativ geworden.

Das Spitzengespräch war gescheitert und damit auch der Anlauf des IGM-Vorstands für ein neues kleines „Bündnis für Arbeit“: Lohnzurückhaltung und beschränktes Nachgeben bei der Höhe der Lohnfortzahlung gegen grundsätzliche Anerkennung der 100% vom Normallohn und Altersteilzeit als Maßnahme zur Beschäftigungssicherung.

Stumpfe hat angedroht, daß die Gesamtmetall-Seite auch in regionalen Verhandlungen bei der Lohnfortzahlung hart bleiben werde. Jetzt solle jedes Unternehmen selbst entscheiden, wie es bei der Lohnfortzahlung verfare und evtl. mit dem Betriebsrat eigene Regelungen treffen. Möglicherweise werde die Lohnfortzahlung (und die Altersteilzeit) überhaupt nicht mehr tariflich vereinbart. Damit sei der Flächentarif in wichtigen Punkten am Ende.

Daimler-Benz und andere sind mit ihrem Vorstoß, die Lohnfortzahlung konzernweit auf 80% zu kürzen, aber bei den Belegschaften aufgelaufen und sind jetzt vorsichtiger. Ihre Lust auf betriebliche Tarifpolitik ist abgekühlt. Sie wollen inzwischen wieder eine einheitliche tarifliche Regelung.

Jetzt wird wieder regional verhandelt, und beide Seiten wollen am 7. November in Nordwürttemberg-Nordbaden einen Pilotabschluß für die ganze Branche anstreben. In Bayern droht die IG Metall mit einem regulären Streik für die volle Lohnfortzahlung ab März 1997. (rok)



Thyssen, Duisburg, 24. Oktober



Proteste beim CDU-Parteitag in Hannover: 1.200 Bauern protestierten zu Beginn gegen die Senkung ihrer Einkommen. Auch der DGB und ein „Bündnis gegen Sozialabbau“ protestierte, hier kamen 500.

Bayerns SPD stützt Revanchisten Streit beim „BdV“: CDUler contra extrem rechte Leute

Nachdem der bayerische Ministerpräsident die Verhandlungen über die deutsch-tschechische Erklärung seit Monaten hintertreibt und jetzt die Linie eingeschlagen hat, daß eine solche Erklärung kurzfristig gar nicht nötig sei, sondern auch erst in einigen Jahren abgeschlossen werden könne, hat die bayerische Sozialdemokratie nicht ihren Widerstand gegen Stoiber verstärkt, sondern jetzt faktisch die alte Position Stoibers übernommen.

Erstmals nach 20 Jahren kam es zwischen der bayerischen SPD und dem Bundesverband der Vertriebenen zu einem Spitzengespräch, in dem die SPD auch dafür plädierte, daß das Wort „Vertreibung“ in der Erklärung vorkommen müsse: „Was Unrecht ist, muß Unrecht genannt werden.“ (1).

Damit gibt es eine große Koalition in Bayern gegen die Tschechen. Ein politisches Ereignis mit fatalen Folgen. Nachdem die Sozialdemokraten in den 50er Jahren den Aufbau der Vertriebenenverbänden entscheidend mitgetragen haben, nahmen sie in den 70er und 80er Jahren kritische Positionen ein. Seit geraumer Zeit setzt in der Vertriebenenpolitik eine Rechtsentwicklung ein. In einer wichtigen außenpolitischen Frage ist die SPD erneut eingebrochen. Renate Schmidt, die die SPD-Verhandlungen führte, ist SPD-Vorstandsmitglied.

Diese politische Untat der SPD kommt zu einem Zeitpunkt, wo der politische Gegner sich offene Blößen gibt.

Seit Monaten wirkt die CDU-Führung unter anderem über die CDU-Bundestagsabgeordneten Koschik und Dr. Wittmann (Präsident des BdV) darauf hin, daß sich die Vertriebenenverbände in der Öffentlichkeit etwas moderater geben. Das Gegenteil ist aber der Fall. Das hängt damit zusammen, daß die ganz rechten Kräfte da nicht mitspielen, insbesondere der Vizepräsident des BdV, Dr. Paul Latussek. Er war auf der Bundesversammlung des BdV mit Bundespräsident Herzog aneinander geraten. Jetzt gab er dem „Schlesier“ ein Interview, in dem er über Streitereien in den Vertriebenenverbänden berichtet. Auf die Frage, ob er sich bei den Bundestagswahlen 1998 unabhängig von der CDU/CSU eine „Plattform im Bundestag“ verschaffen wolle, antwortet er: „Ob sich eine neue demokratische Partei durchsetzen kann, die von einer nationalen Sachpolitik getragen, genügend Stimmen bekommt, um die Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen, ist von vielen Faktoren abhängig.“ (2) Hier wird wieder deutlich, daß die Vertriebenenverbände ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremen sind. Daß die Vertriebenenverbände für den Aufbau einer neuen oder die Stärkung einer bestehenden rechten Partei ins Spiel gebracht werden, ist schon ein starkes Stück und Grund genug, den Widerstand gegen revanchistische Politik zu verstärken. (jöd)

(1) Süddeutsche Zeitung, 24.10.96; (2) Der Schlesier, Nr. 43, 25.10.96

**Demonstration am 16.
November in Wurzen:**

**„Kampf den braunen
Zonen – den rechten
Konsens durchbrechen!
Keine Räume
für Faschisten!“
14 Uhr, Bahnhof Wurzen**

**OFFENE GRENZEN +++
BLEIBERECHT FÜR ALLE**

**Bundesweite Demonstration 2. November,
13 Uhr, Lübeck, Koberg**

**FREISPRUCH FÜR SAFWAN EID
+++ DIE NAZIS VOR GERICHT**

AKTUELL IN BONN**Eurofighter-Entscheidung?**

Am 14. November soll sich der Haushaltsausschuß des Bundestags noch einmal mit dem Ansatz im Bundesetat 1997 für den „Eurofighter“ befassen. Die DASA verlangt eine Erhöhung der Mittel von jetzt 100 Mio. DM auf 600 bis 700 Mio. DM. Sonst drohten angeblich „schwerwiegende Konsequenzen“. Der Daimler-Benz-Konzern und 35 andere Rüstungsfirmen in der BRD wollen Anfang 1997 mit der Serienvorbereitung beginnen, der Stückpreis soll bei enormen 125 bis 130 Millionen DM je Kampfflugzeug liegen – weitere Preissteigerungen in Zukunft sind sicher.

Grüne gegen Rüstungsexport in die Türkei

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, die Hermes-Bürgschaft für die Lieferung von 90 geländegängigen Militärlastwagen vom Typ Unimog an die Türkei die eine bereits erfolgte Genehmigung für die Rüstungslieferung zurückzunehmen. (Ds. 13/5786): „Bemühungen um eine friedliche Lösung in Kurdistan werden durch solche Lieferungen unverantwortlich konterkariert“. Die Darstellung der Bundesregierung, deutsche Waffen würden im Krieg der türkischen Armee gegen die Kurden nicht verwendet, sei „wenig glaubhaft“. Laut Angaben der Bundesregierung beliefen sich die gesamten Rüstungsexporte deutscher Behörden und Firmen an andere Staaten 1995 auf 1,98 Milliarden DM.

Stoiber contra Tschechen

In Abstimmung mit dem revanchistischen Vertriebenenverband hat sich der bayerische Ministerpräsident Stoiber gegen eine baldige Verabschiedung einer deutsch-tschechischen „Ausöhnungserklärung“ ausgesprochen. Nachdem Kohl, Herzog und Kinkel ihr Interesse an der baldigen Verabschiedung der Erklärung bekundet hatten, verlautete am 23.10. von Stoiber: „Wenn es jetzt keine Erklärung gibt, gibt es halt eine im Januar oder Februar oder in einem, zwei oder auch fünf Jahren“. BDV und CSU verlangen u.a. von der tschechischen Regierung, daß sie die Aussiedlung der Sudetendeutschen nach 1945 als „Vertreibung“ verurteilt – was Regreßforderungen nach sich ziehen würde – und Ex-Sudetendeutschen ein „Rückkehrrecht“ plus Anspruch auf früheres Eigentum einräumt. Offenbar beurteilt man bei der CSU die Aussicht skeptisch, diese Anmaßungen schnell durchsetzen zu können, und will den tschechischen Widerstand langsam zermürben.

Bundesrat: Deserteure endlich rehabilitieren!

Mit der Mehrheit der rot-grün regierten Bundesländer hat der Bundesrat am 18. Oktober eine Entschließung verabschiedet, in der die Opfer des NS-Militärjustiz rehabilitiert werden und die Bundesregierung aufgefordert wird, diese zu entschädigen. Die Verurteilungen in der NS-Zeit seien „von Anfang an Unrecht gewesen“. Im Bundestag blockieren die Regierungsparteien im Rechtsausschuß ähnliche Anträge der Opposition hartnäckig.

Lohnfortzahlung: Keine Kürzung für Beamte

Die Regierungsparteien werden die von ihnen für Arbeiter und Angestellte schon beschlossene Kürzung der Lohn-

fortzahlung für Beamte nicht durchkriegen. Am 18. Oktober lehnte die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat einen Gesetzentwurf des Bundestags erneut ab. Bei der Lohnfortzahlung für Beamte haben die Länder Vetorecht, bei der für Arbeiter und Angestellte nicht. Damit hängt auch die Absicht der Regierung, im öffentlichen Dienst durch Senkung der Lohnfortzahlung den Kapitalisten bei ihrem Angriff zu helfen, in der Luft. Probleme haben die Regierungsparteien auch damit, daß ihre schon beschlossene Kürzung selbst für schwangerschaftsbedingte Erkrankungen gilt. Ein Antrag Bayerns, isoliert für diese Personen die volle Lohnfortzahlung wieder herzustellen, fiel im Bundesrat durch.

Waigels Steuergesetz 1997

Der Finanzausschuß des Bundestags hat die Beratungen über das „Jahressteuergesetz“ beendet. Damit läuft die Vermögenssteuer zum Jahresende aus, eine Entlastung für Firmen und Reiche von über 8 Mrd. DM pro Jahr wäre die Folge, wenn der Bundesrat nicht noch Änderungen erreicht. Bei der Erbschaftsteuer werden Grundstücke nur zu 50% des Verkehrswerts veranschlagt – noch ein Bonbon für reiche Erben. Bei Ehegatten bleiben zusätzlich 600.000 DM steuerfrei, bei Kindern 400.000 DM. Da die Bewertung von Haus- und Grundbesitz zu den bislang geltenden skandalös niedrigen „Einheitswerten“ nicht mehr zulässig ist, steigt das Aufkommen an Erbschaftsteuer trotzdem. Der für niedrige Einkommen wichtige Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer bleibt unverändert, nur Kindergeld und Kinderfreibetrag werden geringfügig erhöht. Die Besteuerung von Firmwagen wird nicht geändert. Hier hatten Firmen und Firmwagenutzer gegen eine geringfügige Anhebung seit 1.1.96 heftig protestiert, Bayern und Baden-Württemberg eine Rücknahme der Erhöhung verlangt – erfolglos. Der Freibetrag für Dienstboten wird dagegen wie geplant auf 24.000 DM verdoppelt.

Kassen contra Seehofer

Mit vehementem Protest haben die Vertreterversammlungen der gesetzlichen Krankenkassen auf die von Seehofer angekündigte „3. Stufe der Gesundheitsreform“ reagiert. Die Regierung verabschiedete sich von einer sozialen Krankenversicherung, fördere „systematisch die Entsolidarisierung ... und die weitere Privatisierung von Gesundheitsrisiken.“ Im Namen ihrer 27 Mio. Mitglieder kündigen die Vertreterversammlungen an, sie würden sich nicht „zum Handlanger einer Kostendämpfungspolitik allein auf dem Rücken der kranken Versicherten machen lassen“. Seehofer solle stattdessen die Beitragskürzung für Arbeitslose und ähnliche von der Regierung veranstalteten „Verschiebepolitik“ rückgängig machen.

Was kommt demnächst?

Am 7.11. berät der Bundestag das Jahressteuergesetz 1997 sowie erneute Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Auf der TO stehen weiter der Bericht des Wehrbeauftragten, Anträge von PDS und Grünen zur Abschaffung der Wehrpflicht und das „Landwirtschaftsanpassungsgesetz“ gegen LPG-Nachfolgeunternehmen. Am 7.11. geht es weiter mit dem Bericht der Gauck-Behörde. CDU und FDP wollen ihren Antrag zur Änderung von GG-Artikel 10 für den „Lauschangriff“ einbringen. Am 18.11. reist Herzog nach China.

Grüne und PDS gegen Staatsgelder für die „Vertriebenenverbände“**B'90/Grüne: „Keine Vollfinanzierung der Vertriebenenlobby“**

Zu den Haushaltsberatungen im Innenausschuß hat die Abgeordnete Annelie Buntenbach, B'90/Die Grünen erklärt:

Trotz knapper Kassen will die Koalition 1997 mehr Geld für die Vertriebenenverbände ausgeben. Weit über 50 Mio. DM, zusätzlich umfangreicher Projektförderungen, sieht der Bundeshaushalt für die Lobbyarbeit der Verbände vor. Wir haben daher heute mehrere Änderungsanträge und Kürzungsvorschläge in den Innenausschuß eingebracht.

Es ist skandalös, daß die Bundesregierung den Bund der Vertriebenen (BdV), der kaum mehr Eigenmittel aufbringen kann, durch eine hundertprozentige institutionelle Förderung als politischen Faktor aufrechterhält. Die Blockade der deutsch-tschechischen Schlußstrichklärung durch den BdV wird somit zum Eigentor der Koalition.

Besonders der Einsatz der Landsmannschaften als Mittler von Minderheitenprojekten des Bundesinnenministeriums in den ehemals deutschen Ostgebieten birgt nicht zu unterschätzende Gefahren für die bundesdeutsche Außenpolitik, wenn die Verbände gleichzeitig massive Forderungen nach Rückkehrrecht, Eigentumsrückgabe

und Volksgruppenrechten für rückkehrende Vertriebene stellen. Auch die deutschstämmigen Minderheiten selbst geraten so in eine politische Abhängigkeit der Mittler. Nur die deutschstämmige Minderheit in Tschechien konnte sich bislang vom Einfluß der sudetendeutschen Landsmannschaft befreien. Die Kontrolle über die deutsch-tschechischen Begegnungszentren, ursprünglich ein Projekt der Landsmannschaft, übt heute die deutsche Botschaft in Prag aus.

Mit steigenden Beträgen wird auch die kulturpolitische Arbeit der Verbände, ihrer Stiftungen und Institutionen finanziert. Das nachlassende Bedürfnis und Engagement der Erlebnisgeneration wird in diesem Bereich durch zunehmende hauptamtliche Kräfte ausgeglichen. So entsteht eine ideologisierte Traditionsbewahrung, die den heutigen Bedürfnisstrukturen und der neuen politischen Situation nicht mehr gerecht wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, statt der Vollfinanzierung der Vertriebenenlobby die Mittelkürzungen in der Aussiedlerintegration zurückzunehmen und zum Beispiel mehr Sprachkurse anzubieten.

Pressemitteilung Annelie Buntenbach, 16.10.

PDS: „Keine 30 Millionen DM für revanchistische Politik!“

Zur finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände aus dem Bundesetat erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe Ulla Jelpke:

Die Gruppe der PDS hat die Präsidentin des Bundesrechnungshofs, Frau Hedder von Wedel, in einem Schreiben aufgefordert, die Vergabe von Bundeshaushaltsmitteln an den Bund der Vertriebenen (BdV) und an die in ihm organisierten Landesverbände und Landsmannschaften überprüfen zu lassen.

Wir hegen begründete Zweifel an der Gemeinnützigkeit des BdV.

Bereits im Oktober 1991 hatte der Bundesfinanzgerichtshof (BFH) erklärt, daß die in den Satzungen des BdV festgeschriebenen Ziele der „Wiedervereinigung mit den Vertreibungsgebieten“ oder der „Eingliederung der Vertreibungsgebiete“ für die Gemeinnützigkeit eines Vertriebenenverbandes schädlich sind (vgl. hierzu Kleine Anfragen der PDS: DS. 13/4820, 13/5268, 13/4565).

In den letzten Jahren erhielten die Ver-

triebenenverbände ca. 25 - 30 Millionen aus dem Bundeshaushalt. Im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf erreicht die finanzielle Unterstützung mit 31,5 Millionen Rekordhöhe. Für den BdV sind 3.798.000 Mark institutionelle und 23.680.000 Mark Projektförderung vorgesehen. Haushaltsposten zur Unterstützung revanchistischer und geschichtsrevisionistischer Politik. Nach wie vor von den Vertriebenenverbänden so betrieben.

Die PDS-Bundestagsgruppe hat Innenausschuß und Bundesrechnungshof eine Dokumentation vorgelegt, in der die rassistischen antisemitischen, verfassungsfreundlichen und völkerrechtswidrigen Positionen, die in den Publikationsorganen der Landsmannschaften zu finden sind, nachgelesen werden können. Diese Dokumentation kann auf Anfrage versandt werden. Darüber hinaus beantragen wir für das kommende Haushaltsjahr die Streichung der Gelder für den BdV, seine Landesverbände und Landsmannschaften.

Pressemitteilung, 23.10.96, U. Jelpke



Das Jahrestreffen 1995 der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“



400.000 beteiligten sich am 24. Oktober am Aktionstag der IG Metall gegen die Angriffe auf die Lohnfortzahlung. Bild: Mercedes-Benz in Bremen.

DGB: Die „Stuttgarter Erklärung“

Widerstand gegen Lohnkürzung bei Krankheit • Sicherung der Lohnfortzahlung in den Tarifverträgen

Erstmals in der Geschichte des DGB Baden-Württemberg hat eine gemeinsame Sitzung aller Tarifkommissionen der Einzelgewerkschaften stattgefunden, um ein gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung der Lohnfortzahlung abzusprechen. Detlef Hentsche, Vorsitzender der IG Medien, wies darauf hin, sozialer Schutz, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gehöre auch zur Würde des arbeitenden Menschen und sei ein Stück Freiheitsverbürgung. Er forderte auf, sich an betrieblichen Protestaktionen zu beteiligen. Das sei die einzige Sprache, die Unternehmer und Politiker verstünden, wie das Beispiel und der Erfolg der Daimler-Belegschaft gezeigt hätten. Die Versammlung beschloß einstimmig die folgende Erklärung.

Langfristige Weichenstellungen durch politische Entscheidungen dieser Bundesregierung sind die Ursachen von Massenarbeitslosigkeit und Massenverarmung, Überlastung der sozialen System, sozialem Ungleichgewicht, Beschäftigungskrise und beruflicher Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen.

Durch den systematischen Abbau des Sozialstaates und die daraus resultierende gesellschaftliche Schieflage ist die Demokratie in hohem Maße gefährdet.

Umverteilung von unten nach oben, Verlagerung der gesellschaftlichen Lasten auf die unteren Einkommen, Abbau des sozialen Netzes und Ausgrenzungen, Zurückdrängen der Arbeitnehmer-schutzrechte und jüngst die gesetzliche Kündigung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und die Verschlechterungen im Kündigungsschutz für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben den Boden bereitet, der die Arbeitgeber ermutigte, Tarifverträge und die Tarifautonomie in Frage zu stellen. Sie mißachteten tarifliche Regelungen und Vereinbarungen. Sie störten den Betriebsfrieden und richteten unübersehbaren wirtschaftlichen Schaden an.

Mit diesem Verhalten stellen die Arbeitgeber die Grundelemente unserer staatlichen Ordnung in Frage. Sie wenden sich erklärterweise von den Rechtsprinzipien dieses Staates (geschlossene Verträge sind zu halten) ab. Wer sich auf einen solchen Weg begibt, hat ein gestörtes Verhältnis zu den verfassungsrechtlich verankerten Grundwerten unseres Gemeinwesens oder strebt eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an. Dieser Provokation müssen die DGB-Gewerkschaften geschlossen entgegen-treten.

Die Tarifkommissionsmitglieder der

DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg erklären übereinstimmend:

□ Die 100%ige Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit ist ein Sozialstaatsgebot, das wir verteidigen müssen.
□ Wir werden dem provozierenden und empörenden Verhalten der Arbeitgeber wirksame Maßnahmen der Gegenwehr entgegensetzen.

□ Angriffen auf die Lohnfortzahlung begegnen wir gemeinsam.

□ Alle Kräfte werden mobilisiert sowie alle politischen Möglichkeiten und Maßnahmen ausgeschöpft, um tarifliche Regelungen abzusichern.

Es besteht Übereinstimmung, daß niemand Verträge oder Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene schließt, die den bisherigen Zustand verschlechtern.

Die Mitgliedsgewerkschaften sind aufgefordert, gemeinsame Eckpunkte für eventuelle Tarifgespräche zu vereinbaren, die auch als Leitlinien für Tarifverhandlungen gelten.

In allen Tarifverträgen ist an der bisherigen 100%igen Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall festzuhalten bzw. die 100%ige Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall zu vereinbaren, soweit dies noch nicht erfolgt ist.

Die Anrechnung von Urlaub auf die Lohnfortzahlung muß zurückgenommen werden. Die Aufrechnung von eigenständigen Tarifregelungen gegeneinander ist unzulässig und stellt einen schweren Eingriff in die Tarifautonomie dar.

Die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes für alle ArbeitnehmerInnen ist durch Tarifvertrag zu regeln.

Die Tarifautonomie wird mit allen Mitteln gegen Eingriffe verteidigt.

Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich zum Verfassungsgebot der Vertragstreue zu bekennen, den Rechtsfrieden wieder herzustellen und auf der Grundlage von Verhandlungen Problemlösungen anzustreben.

Die Gewerkschaften waren und sind bereit, an Programmen zur Humanisierung der Arbeit mitzuwirken mit dem Ziel, zur Absenkung von Krankenständen und damit Verminderung von Fehlzeiten beizutragen. Häufig hat Krankheit seine Ursachen in der Arbeitsbelastung und im Arbeitsumfeld. Es ist deshalb unerträglich, daß Menschen, die ihre Gesundheit in der Arbeitswelt opfern, bei Krankheit durch Lohnabschläge bestraft werden.

Die Bundesregierung hat mit dem sogenannten arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz entscheidend zur Eskalation in der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung beigetragen. Der

DGB darf deshalb die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Politik der Konfrontation und der falschen Weichenstellungen umfassend zu korrigieren. Sie wird aufgefordert, das ungerechte und unsoziale „Sparpaket“, auch bekannt als „Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung“, das einzig und allein zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht, zurückzunehmen.

Anläßlich der nächsten Bundestagswahl sind alle Abgeordneten entsprechend ihrem Verhalten gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu bewerten und den Wählerinnen und Wählern bekannt zu machen.

Notwendige Reformen der Sozialsysteme müssen solidarisch, unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen, aller Einkommen und voller Einkommenshöhe erfolgen. Sie müssen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führen. Durch die Überwindung der Arbeitslosigkeit werden die Sozialsysteme leistungsfähig erhalten und gesichert. Gesamtgesellschaftliche Probleme dürfen nicht einzelnen Gruppen aufgelastet werden. Im Zusammenwirken aller Verantwortlichen müssen solidarische Lösungen gesamtgesellschaftlicher Fragen gefunden werden. Deshalb sind versicherungsfremde Leistungen aus den beitragsabhängigen Sozialsystem herauszunehmen und über Steuern zu finanzieren.

Eine Politik des sozialen Ausgleichs kann nicht einer einseitig orientierten Regierung überlassen bleiben. Deshalb fordern wir die Einbeziehung der Kirchen, der Jugend-, Frauen- und Wohlfahrtsverbände in die Diskussion einer gerechten Erneuerung des Sozialstaates. Diese Stuttgarter Erklärung der baden-württembergischen Tarifkommissionen ist Handlungsauftrag für den DGB-Landesbezirk, alle seine Untergliederungen und die Mitgliedsgewerkschaften.

Aktionsplan: Der Kampf um die Lohnfortzahlung wird in den Betrieben geführt. Er wird durch außerbetriebliche Maßnahmen und gemeinsame Aktionen unterstützt. Hierzu zählen: (...) • 4.-8.11.: Geplante Aktionswoche, wenn Verhandlungen scheitern. • Bundesweiter Aktionstag aller Gewerkschaften, Veröffentlichung über die Vertragsbrecher, Heraus-holen aus der Anonymität, Protestveranstaltungen vor den Betrieben, Demonstrationen und Mahnwachen, Aktionstage aller Gewerkschaften in Gemeinden/Städten, wenn das Scheitern der Verhandlungen erklärt ist.

Protest gegen Zumutungen der Druckindustrie

Der erste Termin für den Manteltarifvertrag in der Druckindustrie am 22. Oktober in Hamburg endete, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten. Über hundert Kolleginnen und Kollegen wollten den Vertretern des Bundesverbandes Druck eine Resolution überreichen, in der sie ihren Protest gegen die Forderungen der Druckkapitalisten zusammengefaßt hatten. An den Tagen zuvor hatten in zahlreichen Betrieben spontane Arbeitsniederlegungen, kollektives Aufsuchen des Betriebsrates, Flugblatt- und Unterschriftenaktionen stattgefunden. Die Druckkapitalisten wollten die Resolution nicht entgegennehmen, und sie waren auch nicht bereit, mit den Delegationen aus den Betrieben zu sprechen, sie verließen schnurstracks den Verhandlungsraum und brachen die Verhandlungen ab, ehe auch nur die Begrüßungsworte gesprochen waren.

Der Zorn der Beschäftigten in den Druckbetrieben war noch gewachsen, nachdem die Arbeitgeber am 21.10. ihre Forderung nach „Reform des Flächentarifvertrags“ durch 6 Eckpunkte konkretisierten. Die Kapitalisten wollen:

□ Samstag soll Regelarbeitszeit werden, ohne Zuschläge, ohne Freiwilligkeit.

□ Verlängerung der individuellen Arbeitszeit und Wegfall der Befreiungen für besonders belastete Beschäftigte, so die bezahlten Pausen im 3-Schichtbetrieb, Altersfreizeit, Bildschirm-pausen, die freien Tage für die Beschäftigten, die in besonderem Maße durch Lösemittel belastet sind (Toluol im Tiefdruck).

□ Die Berechnungsgrundlage für alle Leistungen soll nicht mehr der tatsächliche Lohn, sondern das nackte Tarifgehalt ohne Zuschläge und Überstunden sein. Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wäre das besonders perfide, denn nach Vorstellung der Arbeitgeber soll sie nicht nur auf 80% reduziert, sondern zusätzlich die Berechnungsgrundlage nach unten gedrückt werden. Das hat sich nicht einmal Daimler-Benz getraut. Das Urlaubsgeld und die Jahresleistung (Weihnachtsgeld) sollen zudem eingefroren werden, d.h. bei zukünftigen Tarifierhöhungen nicht mehr prozentual mitsteigen.

□ Nach wie vor will der Bundesverband Druck die Besetzungsregelungen für die Maschinen abschaffen. Hier geht es um die Zahl der Drucker und Hilfskräfte an den Maschinen und die Frage der Facharbeiterbindung (und damit -bezahlung) für bestimmte Tätigkeiten.

□ Der Bundesverband Druck behauptet entgegen der Auffassung der IG Medien, daß der geltende MTV die Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent zuläßt. Nachdem die einzelnen Arbeitgeber aber selbst unsicher sind und etwa 60 Prozent der Firmen ihren Beschäftigten vorerst die Weiterzahlung der 100 Prozent zugesagt haben, will der Bundesverband den Text des MTV ändern.

□ Schließlich will der BV Druck den MTV durchlöchern, indem er unter dem schönen Titel „Verlagerung von Regelungskompetenzen in die Betriebe“ Öffnungsklauseln einbauen will, um betriebliche und individuelle Regelungen entgegen dem MTV zu ermöglichen.

Der Zorn der Belegschaften ist berechtigt. Die IG Medien weiß, daß sie vor schwierigen Auseinandersetzungen steht, aber es sieht so aus, als ob es die Kapitalisten zu weit treiben wollen und sie damit den Widerstand der Belegschaften herausfordern. (ulke)

Sorgen, daß die Dominanz Deutschlands weiter zunimmt

Ein Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellvertretende Vorsitzende der PDS, über das jüngste Treffen des „Forums der neuen europäischen Linken“ in Helsinki

Am 11./12. Oktober traf sich in Helsinki die 11. Tagung des „Forums der neuen europäischen Linken“. Das Forum besteht aus 17 linkssozialistischen Parteien vor allem Westeuropas und wurde 1991 auf Initiative der spanischen Linken gegründet. Das Treffen fand in Helsinki statt, weil dort eine Woche später Europawahlen durchgeführt wurden, die mit einem Erfolg der EU-Kritiker ausgingen. Von Seiten der BRD nahm Sylvia-Yvonne Kaufmann von der PDS an dem Treffen des „Forums“ teil. Im folgenden ein Interview mit ihr über Ziele und Aufgaben der europäischen Linken. (hav)

Die europäische Einigung kommt in Europa unterschiedlich zustande, das ökonomische Gefälle in den einzelnen Staaten ist sehr groß. Hat dies Einfluß auf den Diskussionsprozess innerhalb des „Forums der neuen Europäischen Linken“?

S. Kaufmann: Natürlich. Weil die Situation in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist, gibt es auch in den unterschiedlichen Fragen nicht immer die gleichen Positionen der verschiedenen linken Parteien. Die andere Seite ist, daß es doch eine ganze Reihe Grundprämissen gibt, wo eine gemeinsame Position fixiert ist, ohne das das „Forum“ Beschlüsse fast, die für alle Parteien verbindlich sind. Z.B. im Bezug auf die Frage der sozialen Entwicklung gibt es sehr breite Übereinstimmung bei den linken Parteien. Es wird schon klar gesehen, daß das Projekt der Währungsunion praktisch durchgezogen wird, ohne aber in adäquater Weise eine Entwicklung in Richtung europäischer Sozialpolitik, herbeizuführen, bzw. das die Währungsunion damit verbunden ist, in allen Ländern die Sozialstandards massiv abzubauen, Deregulierungsprozesse vor sich gehen, denen die Linke Widerstand entgegenzusetzen muß. Das ist Konsens im „Forum der Neuen Europäischen Linken“.

Wir haben z.B. im vergangenen Jahr eine wichtige gemeinsame Aktion in Paris durchgeführt, eine Manifestation für ein soziales Europa, wo deutlich geworden ist, das die Linke in der Lage ist Aktionen mit zu organisieren.

Wenn ich es richtig verstehe, geht die Diskussion in dem Forum darum, bekommt man eine Art Sozialcharta in Europa durch. Ist das jetzt mehr eine propagandistische Floskel, oder wird das auch mit konkreten Aktionen in den einzelnen Ländern verbunden?

S. Kaufmann: Natürlich sind die einzelnen linken Parteien in ihren Ländern politisch aktiv, und wenn man an Frankreich denkt, dann hat die FKP (Kommunistische Partei Frankreichs) diese Streikaktionen damals stark unterstützt und sie ist ja eine Partei, die in Frankreich ein Referendum zur Währungsunion fordert. Das gleiche könnte man von Rifondazione comunista in Italien sagen oder von der dänischen Sozialistischen Volkspartei.

Das Problem aber mit dem wir als Linke konfrontiert sind ist, daß durch die Vertiefung der EU-Integration viele Probleme nicht mehr nationalstaatlich lösbar sind, sondern europäische Lösungen erfordern und das trifft z.B. auf die soziale Frage zu.

Deshalb wollen wir das im EU-Vertrag ein Kapitel aufgenommen wird, der sich



100.000 Menschen demonstrierten im Dezember 1995 in Marseille gegen die „Sparpläne“ der französischen Regierung, die diese unter Berufung auf die Auflagen des Maastrichter EU-Vertrags durchzusetzen versucht. Solche unsocialen und gegen die Lohnabhängigen und arme Leute gerichteten „Stabilisierungsprogramme“ gehören inzwischen in allen EU-Staaten zum Programm der Regierungen, um die Auflagen des von Kohl, Waigel u.a. verlangten „Stabilitätspakts“ für die Währungsunion einzuhalten – ein deutliches Anzeichen, wem die Währungsunion nützen und wem sie schaden soll.

mit Beschäftigungspolitik befasst. D.h., die Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten, gemeinsam die größte Herausforderung die vor der die EU überhaupt steht, nämlich die Massenarbeitslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen. Diese Verpflichtung gibt es nicht, und die Bundesregierung stellt mit am vehementesten gegen ein solches Kapitel im EU-Vertrag. Zum zweiten geht es auch um die klare Fixierung von, sozialen, politischen kulturellen individuellen Rechten für die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der EU. Hier gibt es enorme Defizite und wenn wir nicht aufpassen, dann werden wir eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion haben, aber im Bereich der Bürgerrechte, im Bereich des Sozialen, praktisch ein Verharren in nationalstaatlichen Regelungen und damit eine Basis dafür, daß die Beschäftigten, die Menschen in der EU massiv gegeneinander ausgespielt werden können.

Welche Möglichkeiten siehst du denn solche Sachen umzusetzen. Setzt du darauf, daß das Europaparlament solche Sachen verabschiedet, also setzt du mehr auf parlamentarische Tätigkeit, oder ist nicht eher was anderes angesagt?

S. Kaufmann: Also wir haben jetzt in Helsinki klar gesagt, daß wir auf beide Ebenen setzten, auf die parlamentarische und auf die außerparlamentarische. Die Situation in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich. In Dänemark, in Frankreich oder Großbritannien gibt es eine ganz wirklich öffentliche Diskussion zu Europa, anders als das hier in der Bundesrepublik der Fall ist. Und ich denke das für die PDS als Linke hier in der Bundesrepublik eine große Aufgabe darin besteht, die Öffentlichkeit wesentlich stärker für diese Fragen zu sensibilisieren und eine öffentliche Diskussion mitbefördern zu helfen, sonst werden wir ähnlich wie beim Maastricht Vertrag Anfang der 90er Jahre eine Situation haben, wo die Bundesregierung de facto durchmarschiert und die Leute merken überhaupt

nicht, was wirklich beschlossen wird, und in welchem gravierenden Maße es sie wirklich betrifft. Ich halte beide Ebenen für außerordentlich wichtig. Und was das Beschäftigungskapitel angeht, da gibt es eine ziemlich breite Front unterschiedlicher Kräfte, die darum kämpfen, daß dieses Beschäftigungskapitel in den Maastricht-Vertrag aufgenommen wird. Es fängt an, bei der schwedischen Regierung, es gibt ein Mehrheitsvotum im europäischen Parlament und die einzelnen linken Parteien in den jeweiligen Ländern haben sich auch dafür ausgesprochen. Also das Druckpotential ist da, es kommt aber darauf an es zu mobilisieren und zu koordinieren und die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen.

Noch eine Frage zur EU-Osterweiterung und die Rolle der BRD dabei. Du hast am Anfang gesagt, das das Forum im wesentlichen aus westeuropäischen linken Parteien besteht, wenig wenn überhaupt keine aus den osteuropäischen Linken. Die gibt es da aber. Woran liegt das?

S. Kaufmann: Vertreten ist bisher die estnische „Demokratische Partei der Arbeit“ im Grunde die einzige Partei die aus dem mittelosteuropäischen Spektrum kommt. Das in dem Forum aus Ostmitteleuropa bisher keine weiteren Parteien mitarbeiten hängt damit zusammen, daß die meisten Parteien sich auf die „Sozialistische Internationale“ (SI) fixiert haben. Wir haben als PDS sehr gute Kontakte zur Bulgarischen Sozialistischen Partei, zum linken Parteienspektrum in Tschechien. Aber die Frage wo sich diese Parteien international einordnen, ist zum Teil entschieden durch Beitritt zu SI, zum Teil nicht entschieden, und ich glaube, das das noch einige Zeit braucht. Das liegt also nicht unbedingt am „Forum“ oder am Willen der Parteien die im „Forum“ im miteinander im Zusammenarbeitsprozeß sind, sondern in erster Linie am Veränderungsprozeß in Mitteleuropa.

Kennst du die Positionen der Linken

Parteien in Osteuropa zu der EU-Erweiterung. Sind die dafür oder dagegen?

S. Kaufmann: Die meisten Parteien in Mitteleuropa sind für einen Beitritt zur Europäischen Union. Es gibt inzwischen zehn Länder die einen sogenannten assoziierten Status haben, und es gibt meines Wissens keine Partei, die dezidiert gegen einen EU Beitritt ist. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, daß die EU Erweiterung politisch an die NATO-Erweiterung gekoppelt wird, und das wird von einem Teil der Parteien Mitteleuropas abgelehnt.

Jetzt wird die EU Osterweiterung insbesondere von der BRD vorangetrieben. Gibt es denn da keine Befürchtungen bei den linken Parteien, das es mit ihren Ländern so ähnlich ausgehen kann wie mit der DDR?

S. Kaufmann: Das Problem ist m.E. bei der Osterweiterung der EU, daß man nicht einen ähnlichen Prozeß herbeiführen sollte. Wenn die mitteleuropäischen Staaten per se dem real existierenden EU-Prozeß beitreten wie es ist, dann dann würde praktisch das gleiche passieren wie mit der DDR: ein Überrollen oder Überstülpen des westlichen Systems dem eigenständige und andere positive Erfahrungen und Traditionen zum Opfer fielen. Das muß verhindert werden. Ich habe allerdings auch aus Gesprächen mit diesen Parteien den Eindruck, daß diese Gefahr so nicht sehr gesehen wird, sondern das der Wunsch möglichst schnell dazu zugehören, derartig stark ist, das ein großer Teil der Probleme die damit verbunden sind offenbar verdrängt wird.

Jetzt ist es ja auch Aufgabe des „Forums“ auf diese Probleme hinzuweisen. Hast du den Eindruck, das die Linken in Osteuropa dies als eine Art von Bevormundung auffassen?

S. Kaufmann: Es ist wahrscheinlich ähnlich wie mit dem Ost-West Problem in der Bundesrepublik. Es gibt natürlich

völlig unterschiedliche Erfahrungen der Linken in Westeuropa und der Linken in den mittelosteuropäischen Ländern. Und ausgehend von den unterschiedlichen Erfahrungen sind die Maßstäbe bei der Bewertung von politischen Entwicklungen zum Teil doch sehr unterschiedlich. Während die westeuropäischen Linken sagen: Seid vorsichtig, hier wird etwas ähnliches passieren wie bei der deutschen Einheit, ihr werdet das westeuropäische System übergestülpt bekommen, bei mittelosteuropäischen Linken das Gefühl, das sie denken, Hauptsache wir gehören zum „Club“.

Also ich sehe da durchaus ein Problem, Bevormundung wird es aber nicht geben.

Wird bei der Diskussion im „Forum“ die besondere, aggressive Rolle der BRD bei der Osterweiterung diskutiert oder ist das kein Thema?

S. Kaufmann: Das hat jetzt in Helsinki eine außerordentlich große Rolle gespielt. Überall in Europa wird wahrgenommen, welch starken Einfluß die Politik der Bundesrepublik innerhalb der EU und auch darüber hinaus hat, das Seitens der Bundesrepublik ein klarer Fahrplan in Richtung Währungsunion besteht, daß hier ein enormer Druck aufgebaut wird, was den zusätzlichen sogenannten Stabilitätspakt angeht, daß Seitens der Bundesregierung im Grunde versucht wird, als die „Lokomotive“ im Einigungsprozeß aufzutreten. Und gibt es die Befürchtung durch den fortschreitenden Integrationsprozeß die Dominanz Deutschlands in der EU und über sie hinaus weiter zunimmt. Man kann andererseits auch nicht außer acht lassen, das z.B. in Mitteleuropa eine ziemlich große Erwartungshaltung gegenüber der Bundesrepublik existiert.

Ich finde persönlich, daß die Linke in der Bundesrepublik auf Grund der starken Position der Bundesregierung in dieser Frage, eine enorme Verantwortung dafür trägt, daß politische agieren der Bundesregierung zu kontrollieren, zu korrigieren und auch massiv gegen zu halten. Das Hauptproblem ist, es gibt in der Bundesrepublik kaum eine Debatte über die zukünftige Rolle der EU, im Gegensatz zu anderen Ländern. Und ich glaube wir hätten schon sehr viel erreicht, wenn Europapolitik auf der To-Pliste der innenpolitischen Auseinandersetzung stünde. Ich glaube das diese europäische Integration überhaupt keine Zukunftschance hat, wenn sie nicht von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird, wenn Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit haben Einfluß auf diesen Integrationsprozeß zu nehmen und das ganze mehr oder weniger ein Regierungsprojekt ist.

Wäre es da nicht mal interessant einen solchen Kongreß in der BRD zu machen, mit der PDS, Grünen, Gewerkschaften und europäischen Linken um zu initiieren das ein solcher Diskussionsprozeß hier losgeht?

S. Kaufmann: Das fände ich sehr gut, aus meiner Sicht haben wir in der Bundesrepublik eine Situation, wo wir durchaus sehr unterschiedliche Kräfte aus einem breiten Spektrum für eine solche Diskussion zusammen bekommen. Denn ich weiß, das Bündnis 90/Die Grünen auch sehr viel Kritik an dem gegenwärtig ablaufenden Maastricht-Prozeß haben. Und die SPD hat erklärt, solange die soziale Dimension nicht gestärkt wird, solange es keine klare Verpflichtung für die EU im Kampf um Beschäftigung gibt, wird sie Maastricht II nicht zustimmen. Ob sie sich aber daran hält ist eine andere Frage.



Anlaßlich des 500. Jahrestages der Landung von Columbus in Amerika, die von den Indianern traditionell mit Protesten begangen wird, haben in Amerika tausende Indios demonstriert. Vor der Columbus-Statue in Mexiko-Stadt protestierten 20.000 Indios für Gleichberechtigung. (hav, Foto: AP)

Rentner demonstrieren gegen Chiracs Sparpolitik

Mit einem landesweiten Aktionstag gegen die Sparpolitik ihrer Regierung haben die Rentner in Frankreich demonstriert. In Paris gingen nach Angaben der Organisatoren rund 20.000 Menschen auf die Straße. Auch in anderen Städten beteiligten sich tausende Senioren an den Kundgebungen. Die Seniorenverbände werfen der Regierung vor, die Einführung der von ihr versprochenen Pflegeversicherung zu verzögern. Die Regierung verabschiedete am Donnerstag eine Übergangsregelung, die jedoch von den Rentnern als unzureichend kritisiert wurde. Sie sieht ein monatliches Pflegegeld von umgerechnet rund 1.300 DM für Menschen vor, deren Monatseinkünfte 2.300 nicht überschreiten.

Französische Arbeiter halten Manager gefangen

Beschäftigte des Elektrokonzerns JVC haben ihre japanischen und französischen Chefs gefangengenommen, um damit gegen die Schließung des Werks in Viller-la-Montagne zu protestieren. Die Arbeiter und Angestellte schlossen am Morgen zehn leitende Angestellte in einen Raum ein und ließen sie bis zum späten Nachmittag nicht mehr heraus. Die französischen Gewerkschaften werfen den Managern vor, das Werk wegen der hohen Arbeitskosten schließen und gleichzeitig ein ähnliches in Schottland errichten zu wollen.

Generalstreik in Italien in Sicht

Einen vierstündigen Generalstreik der Industrie und des Transportwesens haben Italiens drei Hauptgewerkschaftsverbände CGIL, CISL, UIL zur Unterstützung der Tarifforderung in der Metallindustrie beschlossen. Einen Termin für diesen Streik, der 5,5 Millionen Arbeitnehmer betrifft, hat die Gewerkschaft noch nicht festgelegt. Gestreikt werden soll aber zwischen 15.11 und Ende November, da für den 15.11 bereits ein 8-stündiger Streik der 1,7 Mio. Beschäftigten in der Metallindustrie angekündigt ist.

Die Gewerkschaften verlangen einen vollen nachträglichen Inflationsausgleich auf die effektiven Löhne, welche die tariflichen überstiegen haben, so

daß der Gesamteffekt an die 10 % erreichen würde.

Schweizer Bauern wollten Parlament stürmen

Rund 10.000 Schweizer Bauern haben vor dem Parlament in Bern gegen die Agrarpolitik der Regierung demonstriert. Als Demonstranten das Gebäude mit Steinen und Farbbeuteln traktierten, löste die Polizei die Kundgebung auf. Die Bauern versuchten, das Parlament zu stürmen. Anlaß für die Demo war der Beschluß der Regierung, zur Bekämpfung der Rinderseuche BSE in den nächsten drei Jahren 230.000 Rinder zu schlachten. Für einen Teil der Kosten von 400 Millionen DM sollen die Bauern durch Senkung der Abgabepreise für Milch aufkommen.

840 Mio. Menschen hungern

In den Ländern des Trikonts leidet nach Angaben der Ernährungsorganisation der UNO (FAO) ein Fünftel der Bevölkerung unter chronischer Unterernährung. 840 Millionen Menschen, heißt es in einer Erklärung der FAO, seien unterernährt. Am stärksten vom Hunger betroffen ist die Bevölkerung in Indien und Bangladesch sowie in Afrika südlich der Sahara.

Auch in den Staaten Nordamerikas und Europas wächst nach Angaben der FAO die Zahl der Unterernährten. In diesen Ländern sei der Bedarf an Nahrungsmittelhilfe für einkommensschwache Gruppen gestiegen. Die Gründe sieht die FAO in der „ungleichen Einkommensverteilung“, der Verringerung der Sozialausgaben und der steigenden Arbeitslosigkeit. Ebenso hat sich die Ernährungslage in Teilen der ehemaligen Sowjetunion verschlechtert. Auch hier ist die Ursache die zusammengebrochene soziale Sicherheit und Arbeitslosigkeit. In den USA gibt es mehr Kinderarmut als in jeder anderen Industrienation. 3,6 Millionen Kinder müßten hungern oder seien vom Hunger bedroht. Jedes fünfte Kind lebe unter der Armutsgrenze. Die vor kurzem vom US-Kongreß beschlossenen Eingriffe in die Sozialgesetze würden weitere 1,1 Millionen Kinder in die Armut treiben. Um die Situation weltweit zu verändern, muß nach Auffassung der FAO die ungleiche Landverteilung aufgehoben werden. So besitzen z.B. in Argentinien 7 % der Grundbesitzer 75 % des Bodens.

Streiks in Rußland

Die soziale Lage der Russen ist nach Angaben des ersten Stellvertretenden Regierungschef Iljuschin katastrophal. Die Durchschnittseinkommen seien im Verhältnis zu 1991 um 40 % gefallen. Ein Viertel aller Russen müsse mit Beträgen auskommen, die unter dem offiziellen Existenzminimum von umgerechnet 105 DM lägen. Das Durchschnittseinkommen liegt bei umgerechnet 210 DM. Gehälter und Renten werden zum Teil nur mit großen Verzögerungen ausbezahlt. Dagegen haben die Russische Gewerkschaften für den 5. November zu landesweiten Streiks und Kundgebungen aufgerufen. Der Protest richtet sich gegen ausbleibende Gehaltszahlungen, fehlende Arbeitsplätze und mangelnde Sozialleistungen.

Die Streiks sollen zwischen einer Stunde und einem Tag dauern, erklärte ein Sprecher der „Vereinigung unabhängiger russischer Gewerkschaften“. Ferner ist ein Marsch zum Roten Platz in Moskau geplant.

Rußlands Linkskommunisten schließen sich zusammen

Am 11./12. Oktober fand in Moskau der Vereinigungsparteitag der kommunistischen Kräfte links von der Kommunistischen Partei Sjuganows statt. Im Organisationsaushuß fanden sich Vertreter der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei, der Russischen Partei der Kommunisten, der Russischen kommunistischen Partei-KPDUS und der Union der Offiziere. Unterstützt wird der Zusammenschluß zudem von einem Teil der Bewegung Arbeitendes Rußland und anderer gewerkschaftlicher Formationen.

In einer Deklaration heißt es, daß ein massenhaftes Bedürfnis nach einer politischen Kraft existiert, die die vereinzelten Widerstandsaktionen des Volkes zu vereinigen vermag. Die Bewegung setzt sich für die Wiederherstellung der Macht der Werktätigen in Form der Sowjets ein sowie für die Aufhebung der Präsidentschaftsinstitutionen.

Die neue Vereinigung, auf deren Namen sich die Delgegierten noch nicht einigen konnten, entspricht zahlenmäßig in etwa dem sogenannten Block 36, der bei den letzten Duma Wahlen 1995 über drei Millionen Stimmen sammeln konnte, aber knapp an der fünf Prozent Hürde scheiterte.

(Zusammenstellung: hav)

Proteste gegen neues Einwanderungsgesetz

Pariser Regierung will schärfere Kontrolle

Am 17. Oktober haben in Paris erneut rund 200 Immigranten, die „sans papiers“, gegen die rassistische Behandlung durch den französischen Staat demonstriert. Der Anlaß war der Tod des 35-jährigen Amara Fofanas aus Mali. Er starb an den Folgen eines Hungerstreiks im Mai.

Innenminister Debré hat nach den Auseinandersetzungen im August um die Abschiebung von 300 Menschen aus Afrika einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den rechtlichen Status von Immigranten nochmals verschlechtert und differenziert sowie die bestehenden Regelungen staatlicher Verfolgungsmaßnahmen und Kontrollen weiter ausfeilt.

Etliche hatten die 1993 unter dem damaligen Innenminister Pasqua beschlossenen Ausländergesetze als ein kaum noch zu übertreffendes rassistisches Gesetzeswerk betrachtet, als Anbiederung an die Faschisten um Le Pen Front National. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf baut die staatlichen Kontrollbefugnisse noch weiter aus und verschärft die Verfolgungsmaßnahmen, paßt sie staatlichen Anforderungen an.

1995 sind nach Angaben des Europarates knapp 2,3 Millionen Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien nach Europa eingewandert, davon knapp 1,5 Millionen nach Frankreich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind insbesondere gegen die Immigration aus dem Maghreb gerichtet. Politisch gewinnt vor allem der Front National aus solchen Gesetzesvorlagen.

Debré hat bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß er den Intentionen Pasquas in keiner Weise widersprechen will. Lediglich reelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung machten eine Änderung notwendig. Eine Revidierung seines „allgemeinen Sinnes“ stelle der Gesetzentwurf nicht dar.

Der Öffentlichkeit wird der Gesetzentwurf auch als Lockerung der Ausländergesetzgebung vorgestellt, weil er für bestimmte Immigrantengruppen erleichterte behördliche Verfahren oder geringere Anforderungen vorsieht. Das Pasqua-Gesetz hatte u.a. vorgesehen, daß ein Immigrant spätestens im Alter von sechs Jahren nach Frankreich eingewandert sein muß, um mit achtzehn Jahren eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Das will Debré wieder auf zehn Jahre hinaufsetzen lassen. So wird der Personenkreis der „sans papier“ eingegrenzt. Außerdem haben die staatlichen Anforderungen an die Kommunen zu Unmut geführt. Die dort angesiedelten Kontrollmaßnahmen sind umfangreich und personalintensiv.

Ausländer sollen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen zukünftig in

vier Kategorien unterteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis soll nur der „nicht monogame Ausländer, der durch jedes nur denkbare Mittel nachweisen kann, daß er seit 15 Jahren in Frankreich wohnt“, erhalten. Sodann wird eine Aufenthaltserlaubnis nur noch unter der Bedingung erteilt, daß der „monogame Ausländer“ seit mindestens einem Jahr mit einer Französin verheiratet ist, die „Lebensgemeinschaft nicht aufgelöst wurde, daß er französisches Staatsgebiet rechtmäßig betreten hat und daß der Ehepartner die französische Staatsbürgerschaft behalten hat“. Drittens kann eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn der „monogame Ausländer, der Vater oder die Mutter eines französischen Kindes von unter 16 Jahren ist“ und „effektiv für den Unterhalt des Kindes sorgt“.

Weiterhin will Debré die Bedingungen für die Ausstellung von Unterbringungsmaßnahmen, die die Bürgermeister in den Kommunen vornehmen müssen, verschärfen. Personen, die einen „Ausländer aufnehmen“, werden verpflichtet, deren Abreise mitzuteilen, um gegen die „Umgehung der Prozedur des Familienbesuchs“ anzugehen.

Die Verfahren zur Ausweisung von Ausländern sollen ebenfalls effizienter werden. Dazu will Debré die Befugnisse der Richter bei Abschiebungen beschneiden. Bisher muß ein Richter innerhalb von 24 Stunden mit einem Abschiebebefehl befaßt werden. Der Zeitraum soll auf 48 Stunden heraufgesetzt werden. Beabsichtigt ist damit, die Wirkungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaften gegen eine vom Richter angeordnete Freilassung zu verbessern.

Ausländern ohne gültige Aufenthaltserlaubnis soll außerdem der Paß beschlagnahmt bzw. entzogen werden können, eine „wichtige Vorbedingung für den Erfolg der Ausweisung“. Bisher scheitert dem Innenminister eine Ausweisung zu oft an nicht vorhandenen, verschwundenen Dokumenten, die über die Herkunft Auskunft geben könnten.

Unter dem Stichwort Asylbewerber sieht der Debré-Entwurf die „Durchsuchung von Fahrzeugen – mit Ausnahme von Privatfahrzeugen – in einem 20-Kilometer-Streifen innerhalb der französischen Grenzen vor. Bisher darf lediglich der Zoll solche Durchsuchungen durchführen. Der Polizei ist die Durchsuchung von LKWs nur in Fällen von „auf frischer Tat ertappt“ oder durch richterliche Entscheidung möglich.

Schließlich ist der gerichtliche Freiheitsentzug von sich „illegal in Frankreich aufhaltenden Ausländern“ sowie die Möglichkeit Asylbewerber im Falle des „Mißbrauchs des Asylverfahrens“ abzuschicken, in dem Gesetzentwurf vorgesehen. (map)

**„Was kann Häupl
was Clinton nicht kann?“**

Clinton, monatl. brutto **ÖS 170.000,-12x**

Häupl, monatl. brutto **ÖS 230.000,-14x**

sozial statt sozialistisch
Die Wiener Freiheitlichen

Wahlpropaganda der „Freiheitlichen“ in Wien gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister der österreichischen Hauptstadt.

Österreich: Ist Haider noch zu stoppen?

Bei den EU-Wahlen legte die Rechtsaußen-Partei FPÖ weiter zu

Triumph für Jörg Haider: Bei den Europawahlen am 13. Oktober erzielten die „Freiheitlichen“ wie sich die FPÖ jetzt selbst tituliert mit 27,6 Prozent nicht nur ihr bestes Ergebnis bei Parlamentswahlen überhaupt, sie schlossen auch zu den Regierungsparteien SPÖ (29,2 Prozent) und ÖVP (29,6 Prozent) auf.

Während die ÖVP sogar leicht zulegen und als Erfolg immerhin verbuchen konnte, die SPÖ bundesweit überflügelt zu haben, brachte der Urnengang den österreichischen Sozialdemokraten im ganzen Land erdrutschartige Verluste und unter dem Strich das schlechteste Wahlergebnis seit dem zweiten Weltkrieg.

Unter ferner liefen schnitt das Liberale Forum mit 4,2 Prozent der Stimmen ab, eine sozialliberale Abspaltung von der FPÖ. Ebenfalls nicht zufrieden können die Grünen sein, die mit 6,8 Prozent der Stimmen weit hinter ihren Erwartungen blieben.

Im „Roten Wien“ verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit.

Der Ausgang der zeitgleich abgehaltenen Wiener Landtagswahlen bestätigt das Europawahlergebnis, wenn auch in etwas abgewandelter Form: Die Freiheitlichen gewannen etwas weniger, die Sozialdemokraten im sprichwörtlich „Roten Wien“ verloren jedoch genauso massiv und vor allem die absolute Mehrheit, die ÖVP verlor entgegen ihrem Bundestrend ebenfalls stark.

Der Aufstieg der rechten Freiheitlichen geht damit ungebrochen weiter: 1983, kurz nach dem Amtsantritt Haider, gaben noch weniger als 5 Prozent der FPÖ ihre Stimme, bei den Parlamentswahlen 1990 waren es schon 16,6 Prozent, bei den Wahlen 1994 wurde dann erstmals die 20-Prozent-Marke genommen.

Nach den jetzigen Europawahlen lacht niemand mehr über Haider's vollmundige Prophezeiung, die FPÖ werde stärkste Partei in Österreich, er Kanzler werden.

Meinungsforscher erklärten nach der Wahl, der FPÖ-Wahlsieg sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die sogenannten „kleinen Leute“ am 13. Oktober ihr Kreuz für Haider gemacht haben. Vor allem in der Arbeiterschaft, die traditionell sonst immer SP wähle, habe der Rechtspopulist schwere Einbrüche

erzielt. Wie ist das zu erklären?

„Wahltag ist Zahhtag“ war der zentrale Wahlslogan Haider's. Er spielte damit darauf an, daß die sozialdemokratisch-konservative Koalition beim Beitritt Österreichs zur Europäischen Union vollmundig versprochen hatte, dieser Schritt werde allen etwas bringen. Das Gegenteil davon ist eingetreten: seit Jahren steigt die Zahl der Arbeitslosen in der Alpenrepublik, Armut breitet sich aus.

Die Regierung hat auf diese Situation und die Finanzkrise des Staates auf klassisch-konservative Weise reagiert: Lohnabhängige, Rentner, Schüler, Lehrkräfte und Kranke wurden in zwei Sparpaketen geschröpft. Diese Politik sozialer Grausamkeiten, meist von der konservativen ÖVP initiiert und einer anfangs zögernden SPÖ dann doch mitgetragen, kontrastiert auf abstoßende Weise mit Korruptionsskandalen und Günstlingswirtschaft der herrschenden politischen Klasse.

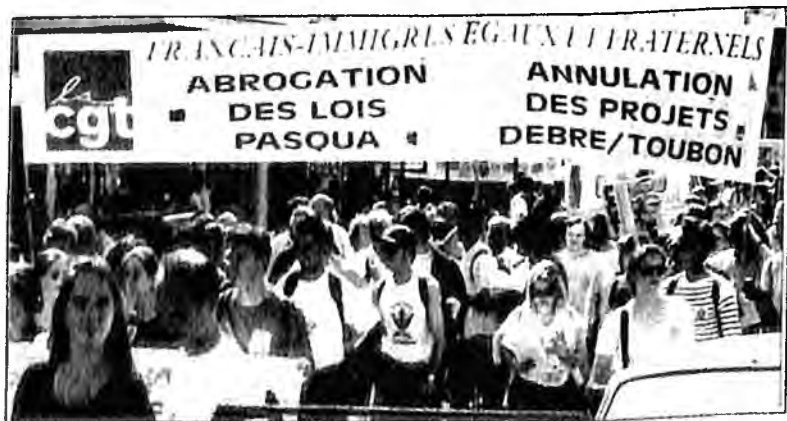
Die Organisation „SOS Mitmensch“, in der sich verschiedene soziale Initiativen zusammengeschlossen haben: „Die einzige Botschaft der Sparpakete 1 und 2 war, daß Opfer gebracht werden müssen. Die Frage der Verteilung von Wohlstand wurde unterdrückt.“

Haider hat es verstanden, aus dieser massiven Umverteilungspolitik politisches Kapital zu schlagen. „SOS Mitmensch“ ist überzeugt, daß das Wahlergebnis als „Protest der Verlierer“ zu werten ist.

Gefährlich daran ist, daß die rechte, nationalistische Kritik Haider's neben den „Roten“ vor allem ein Ziel hat: Ausländer.

Ob Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot oder Kriminalität, als Sündenböcke müssen für den freiheitlichen Demagogen immer Arbeits-immigranten oder Flüchtlinge herhalten.

In der SPÖ hat nach der Wahlschlappe eine Diskussion um die programmatische Ausrichtung der Partei begonnen. Nicht wenige fordern eine Hinwendung zu „klassischen“ Zielsetzungen der Sozialdemokratie. So erklärte etwa der Tiroler SPÖ-Vorsitzende Prock, die Partei sei mit ihrer Politik „zwischen allen Stühlen verhungert“, deshalb sei eine Neupositionierung als Partei „links der Mitte“ nötig. „Mit dem Gerede von der Mitte wurde so getan, als ob alle im gleichen Boot sitzen: die rudenden Galeerensträflinge ebenso wie deren Antreiber.“



Ausgelöst durch Erdölgewinnung verschiedener multinationaler Erdölfirmen findet eine fortschreitende Verseuchung von Boden, Wasser und Luft statt. Zur ausgewogenen Situation der OGONI tragen zusätzlich die politische Verfolgung Oppositioneller und die Zusammenarbeit der Ölmultis mit der nigerianischen Militärdiktatur bei. Die Weltöffentlichkeit wurde erst durch die Hinrichtung von Ken Saro Wiwa und acht weiteren Bürgerrechtlern im letzten Jahr aufmerksam. Diese in der MOSOP organisierten Bürgerrechtler hatten seit Jahren gegen den Terror protestiert und bezahlten dafür mit ihrem Leben. Neunzehn weitere inhaftierte Oppositionelle warten im Moment auf ihren Tod. Im Rahmen der Messe ÖKOMEDIA in Freiburg sprach Lazarus Tamana, Vorsitzender der MOSOP, auf einer Veranstaltung über die Lage in Nigeria. Radio Dreyeckland führte mit Lazarus Tamana ein Interview, das wir im folgenden wiedergeben. (hav)

Ist Nigeria ein sicheres Herkunftsland? Was hältst du davon, daß die deutschen Innenminister nigerianische Flüchtlinge abschieben wollen?

L. Tamana: Nigeria ist kein sicheres Herkunftsland. Die deutsche Regierung weiß das sehr gut, die EU ist sich dessen bewußt, ebenso die UNO und das Commonwealth, alle sind sich dessen bewußt.

Ich würde persönlich davon abraten, irgendeine Person dorthin abzuschicken. Die deutsche Regierung sollten Nigerianer mit viel Sympathie betrachten.

In Nigeria wird nichts für die Bevölkerung getan. Es gibt keine Investitionen, alle Institutionen sind zusammengebrochen, Krankenhäuser und Straßen sind im Verfall, an den Universitäten wird laufend gestreikt.

Nigeria braucht viel Hilfe von außen. Die deutsche Regierung sollte sich gut überlegen, Menschen in ein Land abzuschicken, welches sich in einer Krise befindet. Sie sind dort nicht in Sicherheit. Zurückkehrende werden von der Regierung gefoltert, weil sie dem Ruf Nigerias geschadet haben. Ich meine, daß Abschiebungen von Flüchtlingen nach Nigeria nicht stattfinden dürfen.

Du selbst lebst im Exil in London. Gibt es denn Mosop-Vertretungen in Nigeria selbst? Habt ihr dort die Möglichkeit, eure Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen?

L. Tamana: Nigeria steht unter Militärrecht. Die Militärregierung duldet keine Opposition. Die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes war in den letzten Jahren und Monaten sehr, sehr aktiv in Nigeria und die Regierung möchte verhindern, daß MOSOP weiter unter den indigenen Gemeinden aktiv ist.

Wir hatten ein Büro in Port Harcourt, und nachdem dieses mehrmals überfallen worden ist, existiert es heute nicht mehr.

Auch unser Büro in Lagos wird ununterbrochen vom nigerianischen Sicherheitsdienst überfallen. Wenn du ein Mitglied von MOSOP in Nigeria bist, wirst du verhaftet.

Der übrige Teil der Organisation ist gezwungen, entweder in den Untergrund zu gehen oder ins Ausland. Es existiert weiterhin ein Netzwerk, welches regelmäßig Informationen aus Nigeria übermittelt. Diese Informanten müssen äußerst vorsichtig sein.

Andere Organisationen, die die Regierung bekämpfen, stehen unter dem selben Druck wie MOSOP. Ihnen wird nicht erlaubt, ungehindert zu arbeiten. Auch andere Organisationen, die sich für ein

demokratisches Nigeria einsetzen, werden überfallen, ihre Materialien werden konfisziert, genau wie bei MOSOP, und dies passiert laufend.

Derzeit befinden sich 19 Ogoni in Haft, die zusammen mit Ken Saro-Wiwa im Jahr 1994 verhaftet worden sind. Sie sollten letzten Monat vor dem Magistratgericht erscheinen, um verhört zu werden. Dies war nicht möglich, weil angeblich kein Offizier vorhanden war, um die nötigen Papiere zu unterschreiben. Sie befinden also sich seit über 2 Jahren in Haft, ohne juristische Vertretung, ohne Prozeß ... Wir bitten schon lange um ein faires Verfahren, doch die Regierung reagiert nicht. Sie halten weiterhin die 19 Ogoni unbefristet in

ches die Militärregierung der Weltöffentlichkeit verkündet. Dort ist absolut nichts im Gange. Die Militärs geben lediglich Regieanweisungen, wollen aber selbst an der Macht bleiben.

Abacha möchte sich nur nach außen verändern: vom General zum Präsidenten. Genauso war es in Ghana mit Jerry Rollins, der vorher Militär war und jetzt ziviles Staats-Oberhaupt ist.

Wir glauben nicht, daß ein wahres Übergangsprogramm für Nigeria vorliegt. In Nigeria wird sich nichts ändern.

Der Ölmulti Shell betreibt in Nigeria eine brutale und umweltzerstörerische Erdölförderung, vor allem im Niger-Delta, in dem das Volk der Ogoni lebt.

Umwelt und Menschenrechte in Nigeria

Interview mit Lazarus Tamana, Vorsitzender der MOSOP, Movement for the Survival of the Ogoni People

Haft. Wir hoffen, daß irgendwann rechtsstaatliche Verhältnisse in Nigeria einziehen und das Militärtribunal abgeschafft wird.

Die Ogoni sind eine von über 400 Volksgruppen in Nigeria. Sie bilden mit ihren 500.000 Menschen nur eine der vielen kleinen Minderheitengruppen im Niger-Delta. Gibt es zwischen den Minderheiten eine Zusammenarbeit?

L. Tamana: Viele Minderheiten werden in Nigeria unterdrückt, nicht nur die Ogoni. Gerade die Minderheiten im Niger-Delta stehen unter konstantem Druck der Regierung wegen des Öls und der Ölkonzerne dort. Einmalig an der Situation der Ogoni ist, daß unser Gebiet militärisch besetzt ist. Du kannst in diesem Gebiet keine 200 Meter gehen, ohne einem militärischen Kontrollpunkt zu begegnen.

Dies ist in anderen Teilen Nigerias nicht so. Und dies macht die Situation der Ogoni anders, vollkommen anders.

Mit anderen Minderheiten haben wir in einer vereinten Front zusammengearbeitet. Aber die nigerianische Regierung und Shell haben viel Geld und politische Macht, sie haben ökonomische Macht, sie haben Beziehungen. Ihnen ist es gelungen, die Gemeinden gegeneinander aufzuheizen, so daß keine gemeinsame Front mehr besteht.

In zwei Jahren, am 1. Oktober 1998, wollen die Militärs in Nigeria die Macht an Zivilisten übergeben. Glaubst du, daß sie das tun werden und daß sich dann die Situation in Nigeria bessert?

L. Tamana: Die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes glaubt nicht an irgendein Übergangsprogramm, wel-

Wie ist denn das Verhältnis von Shell zur nigerianischen Regierung?

L. Tamana: Shell operiert in Ogoni seit 1958 und weigert sich völlig, die Umweltzerstörung, die sie gegen die Ogoni und andere Menschen des Niger-Deltas verursacht haben, zu akzeptieren. Sie haben unsere Lebensgrundlagen zerstört, sie haben unsere Bauernhöfe zerstört, zerstören unsere Flüsse, sie haben den Ogoni die Lebensgrundlagen weggenommen.

Shell und die nigerianische Regierung sind Partner im Verbrechen. Sie arbeiten an allen Fronten zusammen. Shell finanziert die Ausbeutung und Zerstörung der Ogoni-Gemeinden. Shell beschafft das Geld, und die nigerianische Regierung tötet die Menschen. Es gibt also eine aktive Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Riesen. Die Menschen werden verfolgt, weil sie sich gegen die Umweltzerstörung und die Menschenrechtsverletzungen aussprechen.

Die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes existiert bereits seit 6 Jahren und macht seit 6 Jahren auf die Situation in Nigeria aufmerksam. Wie haben denn die UNO, die EU und das Commonwealth auf eure Forderungen reagiert?

L. Tamana: Nach der Ermordung Ken Saro Wiwas und weiterer 8 Menschenrechtsaktivisten im November letzten Jahres war die Welt entrüstet über die Taten der nigerianischen Regierung und Shells Mittäterschaft. Nelson Mandela und andere Staatsoberhäupter haben öffentlich Kritik geübt. Danach hat das Interesse nachgelassen. Diejenigen, die damals Nigeria öffentlich verdammt haben, schweigen heute. Weitere Sanktionen gegen Nigeria werden nicht lin-

ger unterstützt, und auch der deutsche Außenminister Kinkel denkt nicht an Sanktionen gegen Nigeria. Dies hat er kürzlich bei einem Besuch erklärt.

Warum gibt es deiner Meinung nach so wenig Unterstützung für die Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes?

L. Tamana: MOSOP wird noch unterstützt, international, national und lokal. Auf der politischen Ebene ist jedoch zu beobachten, daß die Aktivitäten der Regierungen der Welt gegen Nigeria abnehmen. Die meisten NGOs und andere Organisationen versuchen ihr bestes gegen Shell und die Regierung in Nigeria.

Doch die Regierungen handeln nicht, und wir glauben, daß sie es aufgrund der ökonomischen Situation Nigerias nicht tun. Wir sprechen von Öl. Und Öl ist ein sehr sensibles Thema, wenn es darum geht, daß deutsche oder us-amerikanische Regierungen Entscheidungen treffen sollen. Diese Länder sind auf Öl angewiesen. Sie zögern deshalb, Schritte gegen Shell oder die nigerianische Regierung zu unternehmen. Wir verstehen das bis zu einem bestimmten Punkt. Das bedeutet: ökonomische Interessen stehen vor Menschenrechten.

Haben eure Proteste Auswirkungen auf Shell, hat Shell seine Produktion im Ogoni-Land inzwischen einstellen müssen?

L. Tamana: Shell fördert 50% des nigerianischen Öls. Wir reden von 1 Millionen Barrels pro Tag, und es ist billig zu fördern. Der Rest der Ölkonzerne fördert unter sich nur insgesamt 1 Millionen Barrels. Aufgrund unserer Proteste hat sich Shell aus einem Teil des Ogoni-Gebietes zurückgezogen. Aufgrund der strategischen Wichtigkeit des Ogoni-Landes für Shell versuchen sie, uns dazu zu zwingen, einen Vertrag zu unterschreiben, welcher ihnen den Zugriff auf das gesamte Ogoni-Gebiet garantieren würde. Dieser Vertrag wurde nicht unterschrieben, und nun stehen die Ogoni unter konstantem militärischen Druck der Regierung.

Als ich gestern in Port Harcourt anrief, wurde mir gesagt, daß einige Führungspersonen von MOSOP verhaftet wurden. Sie sind in die Gemeinden gegangen, um sich gegen den Vertrag auszusprechen, und sind deswegen von Shell angezeigt worden. Shell möchte nach Ogoni zurückkommen, und zwar durch die Hintertür. Wenn Shell nach Ogoni zurückkommen will, müssen sie mit der legitimen Vertretung, die 96% der Ogoni repräsentiert, verhandeln, und das ist MOSOP. Wenn Shell glaubt, einen anderen Weg gehen zu können, dann ist das eine Grundlage für weitere Konflikte, und die Probleme werden nicht gelöst. MOSOP ruft Shell auf, an den Verhandlungstisch zu kommen, damit wir die Probleme lösen können.

Wie sind denn die Reaktionen auf den Shell-Boykott, zu dem ihr aufgerufen habt?

L. Tamana: Den Shell-Boykott haben wir vor 8 Wochen ausgerufen. Zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen haben sich angeschlossen, und es werden immer mehr. In Deutschland haben wir an verschiedenen Orten Unterstützung gefunden, und sie entwickeln ihre eigenen Strategien. In Großbritannien passiert dasselbe. Wir haben Unterstützung in den Niederlanden, in Belgien, wo ähnliche Proteste veranstaltet werden. Wir haben Leute überall. Die Beteiligung wächst und wir hoffen sehr, daß wir Erfolg haben werden mit diesem Shell-Boykott.



Am 18. Oktober fand in Berlin eine „Erörterungsveranstaltung“ im Rahmen des Raumordnungsverfahrens für die geplante Strecke des „Transrapid“ von Hamburg nach Berlin statt – faktisch ohne die Öffentlichkeit, wie die verkehrspolitische Sprecherin der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, Jutta Matuschek, kritisierte. Die Berliner Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat alle Gemeinden, durch die die geplante Trasse laufen soll, zu Klagen gegen die Magnetschnellbahn aufgerufen. Solche Klagen hätten gute Aussicht auf Erfolg, vor allem wegen der unsezierten Verkehrsprognose und der ganz unzulänglichen Umweltverträglichkeitsprüfung, meinen die Grünen. Die 292 km lange Strecke hat einen Flächenbedarf von 571 Hektar. Je 20 km Strecke sind zwischen 1.000 bis 4.000 Grundstücke betroffen.

Auch unter den Betreiberfirmen gibt es weiter Krach. Die Bundesregierung drängt auf eine Einigung, damit die Betreibergesellschaft endlich ins Leben tritt. Offenbar können sich die beteiligten Industriefirmen (Thyssen, Siemens) nicht mit den Baufirmen (Hochtief u.a.) über die Verteilung der Stimmrechte und Risiken einigen.

Wie wenig auch technisch „ausgereift“ die geplante Magnetschnellbahn in Wirklichkeit ist, war unlängst in verschiedenen Zeitungen erneut zu lesen. „Das Versuchsfahrzeug schwankt hin und her, auf und ab, wenn es mit Tempo 400 über die Teststrecke rast. Geht es mit Tempo über eine Weiche, müssen sich die Fahrgäste festhalten, wenn sie nicht stürzen wollen ... Wenn man direkt unter der Trasse steht, wenn der 'Flüsterpfeil' mit Tempo vorbeidonnert, erinnert er eher an ein Düsenflugzeug“, schilderte beispielsweise ein Journalist des Berliner „Tagesspiegel“ seine Erlebnisse. Wir dokumentieren eine Presseerklärung der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zum Raumordnungsverfahren. *rül*

Transrapid: Planungschaos und offene Fragen

Zur heute stattfindenden Erörterungsveranstaltung innerhalb des Raumordnungsverfahrens Transrapid erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der PDS-Abgeordnetenhausfraktion in Berlin, Jutta Matuschek:

Transrapid „schwankt hin und her“



Die Erörterungsveranstaltung findet faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Teilnehmer sind außer den Planern selbst die Träger öffentlicher Belange. Die ca. 3.500 Einwander wurden über den Erörterungstermin weder informiert, noch wurden sie eingeladen. Völlig unverständlich ist, daß es zwei getrennte Veranstaltungen nur für Brandenburger bzw. nur für Berliner Belange gibt, obwohl das Verfahren von der gemeinsamen Landesplanungsabteilung durchgeführt wird.

Die Planer des Transrapid haben offensichtlich weiterhin kein Interesse, ihr Jahrhundertprojekt in der Öffentlichkeit zu diskutieren, und berufen sich in der Projektbegründung ausschließlich

auf das Magnetbahnbedarfsgesetz, in dem der Bundestag einen willkürlichen Bedarf per Gesetz festgelegt hat. Demzufolge wurden Bedarfszahlen, Kostenüberlegungen und die prinzipielle Frage nach der Sinnhaftigkeit des Transrapid nicht Gegenstand des Raumordnungsverfahrens. Die Planer haben aber auch allen Grund, einer öffentlichen Diskussion auszuweichen, weisen doch

Für Berlin werden die Grundannahmen hinsichtlich zukünftiger Verkehrsentwicklung nahezu abenteuerlich interpretiert. So gehen die Planungen nach wie vor davon aus, daß die U5, die sogenannte Kanzler-U-Bahn von Alexanderplatz bis Jungfernheide, gebaut wird und daß es in Berlin langfristig die Flughäfen Tegel und Schönefeld geben wird. Das für den Regionalverkehr Berlin-Brandenburg gültige Zielnetz 2000 wurde hingegen wegen nicht gesicherter Finanzierung nicht in die Planungsgrundlagen aufgenommen.

Skandalös ist die Diskussion um den Endhaltepunkt in Berlin. Lehrter Bahnhof oder Bahnhof Papestraße. Deren verkehrliche Anbindung ist überaus problematisch und widerspricht in vielen Fragen bisherigen Planungen. Die Bauten im zukünftigen Regierungsviertel laufen, die Transrapid-Planer geben sich ihrer Tunnelmanie in vollen Zügen hin. Eine Südverlängerung der Strecke wird allen Ernstes als weiterer Tunnel durch den Tiergarten in Erwägung gezogen. Am Bahnhof Papestraße kommt der Transrapid überirdisch an und

ihre Planungen eklatante Fehler auf.

Sämtliche Prognosezahlen beruhen auf dem Bundesverkehrswegeplan von 1992, dessen euphorische Annahmen hinsichtlich von Bevölkerungswachstum, Einkommenssteigerungen, Beschäftigungszahlen u.a.m. durch die reale Entwicklung in der BRD tagtäglich als Mondzahlen widerlegt werden. Dennoch sehen die Protagonisten des Transrapid keinerlei Veranlassung, ihre Annahmen den Tatsachen anzupassen.

Eine Untersuchung über eine Nullvariante, also über die machbare Alternative einer ICE-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin wird mit der lapidaren Erklärung, das sei kein Planungsfall, abgetan.

könnte unterirdisch weiterfahren.

Wie wichtig die Planer selbst diese Erörterungsveranstaltung mit eng begrenztem Teilnehmerkreis nehmen, bewies der Vertreter der Magnetbahnplanungsgesellschaft Herr Fechner. Er verließ das Forum nach ca. 2 Stunden, um zu einer Aufsichtsratssitzung zu entschwinden.

Die PDS bleibt bei ihrem Nein zum Transrapid. Wir fordern die umgehende Zurückweisung der vorgelegten Planungen wegen Unvollständigkeit, Unsinnigkeit und unrealistischer Planungsgrundlagen.

Pressemitteilung der PDS-Abgeordnetenhausfraktion Berlin, 18.10.96

Am 17. Oktober organisierte der Mannheimer Verein der AGIV (Föderation der Arbeitsimmigrant/innen aus der Türkei in der BRD) eine Kundgebung auf dem Marktplatz. Eine solche Aktion will die AGIV vorläufig an jedem 17. eines jeden Monats anmelden. Diese Aktion ist auch eine Art Mahnwache und soll der in der Türkei und Kurdistan verschundenen oder ermordeten Menschen gedenken. Auf der Kundgebung mit ca. 70 Menschen sprach auch die Schwester eines in der Türkei verschundenen Menschenrechtlers. Die Kundgebung erinnerte an die Demonstrationen der „Samstagmütter“ der Türkei, wenn Mütter, Ehefrauen und Schwestern trotz polizeilichem Verbot jeden Samstag in einer der Hauptstraßen Istanbul Aufklärung fordern über das Schicksal verschundener Familienangehöriger. Die Kundgebung solidarisierte sich auch mit den ofttausend sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan, und protestierte gegen die Ermordung von 12 PKK-Gefangenen am 24.9. im Gefängnis von Diyarbakir. Die Veranstalter haben ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß sich noch mehr Menschen und auch andere Organisationen beteiligen. Die nächste Kundgebung findet am Sonntag, den 17. November statt.



scr

Gelöbnis abgesagt

Hamburg. Die angekündigten Proteste antimilitaristischer Gruppen aus Kaltenkirchen und Umgebung haben zu einer Absage der für den 24.10. geplanten öffentlichen Rekrutenvereidigung geführt. Die örtliche Presse zitierte ausführlich die ärgerlichen Reaktionen, die der Bundeswehr „Feigheit vor dem Feind“ vorwarfen. So der stellvertretende Bürgermeister Stefan Rudschäfski (SPD) in der Segeberger Zeitung vom 8.10.: „Offenbar hat sich die Bundeswehr dem Druck gebeugt und aus Angst vor Ausschreitungen die Rekrutenvereidigung in die Kaserne nach Boostedt verlegt.“

Diese und weitere Äußerungen zeigen, daß der Rückzieher auf der Ebene der politisch Verantwortlichen äußerst umstritten ist und von dort neue Vorstöße zu befürchten sind. Die im Bündnis „Kein Gelöbnis in Kaltenkirchen und anderswo“ zusammengeschlossenen 17 Organisationen, bestehend aus Grünen, Jungsozialisten, antimilitaristischen und antifaschistischen Gruppen aus Kaltenkirchen, Schleswig-Holstein und Hamburg, gehen davon aus, daß bereits Anfang des Jahres, also mit der Vereidigung der jetzt eingezogenen Rekruten,

eine neuen Runde der Militarisierung des öffentlichen Raumes eingeleitet wird. *kur*

Heidelberger Gericht verurteilt Kurden zu Geldstrafen

Heidelberg. Im Prozeß um die Autobahnblockade bei Sandhausen hat das Heidelberger Landgericht neun Kurden zu Geldstrafen zwischen 600 und 3.150 Mark verurteilt.

Die Richter befanden acht Männer und eine Frau der Nötigung in 1.000 Fällen für schuldig. Drei von ihnen wurden außerdem wegen eines gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr verurteilt. Zwei Männer wurden freigesprochen. Das Gericht blieb deutlich unter der Forderung der Anklägerin, die zum Teil auf Bewährungsstrafen plädiert hatte.

Bei der Aktion auf der A5 wurden am 22. März 1994 mehrere Fahrzeuge auf allen vier Spuren quergestellt. Während einer anschließenden Demonstration machten die Kurden auf die Lage in ihrer Heimat aufmerksam. An der Demonstration sollen sich rund 200 Personen beteiligt haben. Die neun Verurteilten im Alter zwischen 25 und 53 Jahren wurden anhand eines Fernsehvideos



Vorgehen gegen bosnische Flüchtlinge rechtswidrig

München. Im Bayerischen Flüchtlingsrats sind erschütternde Berichte über den Umgang der Münchner Ausländerbehörde (KVR) mit bosnischen Flüchtlingen sowie ihren BetreuerInnen eingegangen.

In den letzten Tagen wurden Bürgerkriegsflüchtlinge, die unter die „Rückführungs-Phase 1“ fallen, von KVR-MitarbeiterInnen dazu gedrängt, eine Erklärung zu unterschreiben, die bekundet, daß sie nun freiwillig das Land verlassen werden. Es hieß, dafür würde ihnen der Ausreisepass (Grenzübertrittsbescheinigung) noch um zwei Tage verlängert werden! Dabei waren die Rechtsmittel gegen die Ausreisepflichtung noch nicht ausgeschöpft. Zudem kam es zu erheblichen Einschüchterungsversuchen gegenüber FlüchtlingsbetreuerInnen.

Die unglaublichen Vorgehensweisen beruhen auf den Anweisungen aus dem bayerischen Innenministerium, wonach bosnischen Flüchtlingen, die auf den Ausländerbehörden wegen Verlängerung ihrer Ausreisefrist vorsprechen, ein Ausreisepass in die Hand gedrückt wird mit dem Vermerk, die betreffende Person „ist verpflichtet, die BRD unverzüglich zu verlassen“.

Mit diesem rechtswidrigen Vorgehen verabschiedet sich Innenminister Beckstein von grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien. Ab diesem Zeitpunkt sind diese Menschen als vogelfrei zu bezeichnen. Durch ihre bevorstehende Illegalisierung wird eine massenhafte Kriminalisierung juristisch vollzogen; gleichzeitig wachsen dadurch die Äng-

ste und die Verunsicherung unter den Flüchtlingen immer unerträglicher.

Diese Verantwortung übernimmt der Innenminister fern jeden Skrupels für viele Tausend Flüchtlinge in der Hoffnung, sie auf diese Weise endgültig und vor dem Winter zur „freiwilligen Ausreise“ zu zwingen. Genau solcherlei statistischer Großleistungen wird er sich im nachhinein rühmen, ja sogar als Vorreiter für den Wiederaufbau Bosniens feiern lassen.

Als ebenso verwerflich ist das Spektakel zu bezeichnen, mit dem das bayerische Innenministerium die erste Abschiebung eines Bosniers öffentlichkeitsschamhaft inszenierte. Der Schachzug mit dem verurteilten Sexualstraftäter kam dabei als „bayerische Eröffnung“ gerade recht. Verschwiegen hat das Innenministerium jedoch sorgsam, daß auch ein weiterer Flüchtling nach Sarajevo abgeschoben wurde, dem dort die Behörden die Einreise verweigerten. Dem Bayerischen Flüchtlingsrat ist dessen weiteres Schicksal bis dato unbekannt. Desgleichen werden über Ungarn abgeschobene Personen an der Einreise gehindert.

In unmittelbarer Abfolge verkündete Beckstein: Sexualstraftäter abgeschoben; es werden jetzt alle weiteren Straftäter (also auch die nach obigem Muster zu Straftätern gemachten!) und die Sozialhilfeempfänger folgen. Diese moralisch generalisierende Diskriminierung stigmatisiert die Kriegsflüchtlinge zusätzlich.

Michael Stenger, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats

50 Jahre VVN/BdA in NRW

Arbeit der VVN/BdA findet Anerkennung

Mülheim. Am 26. Oktober 1946 wurde in Düsseldorf die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet. Die rund 500 Delegierten vertraten damals 50.000 ehemalige politische Gefangene, rassisch und religiös Verfolgte des NS-Regimes. Bei einer Jubiläumsveranstaltung am 19.10. in Mülheim an der Ruhr mit hunderten von ehemaligen Widerstandskämpfern und Angehörigen der jüngeren Generationen erinnerte der heutige Landesvorsitzende Jupp Angenfort daran: „Die Gründungsmitglieder waren sich einig in der Forderung: Nie wieder Faschismus und Krieg. Schluß mit Rassismus, Antisemitismus und Militarismus.“ Damals habe es eine starke Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte gegeben. So hätten Vertreter von SPD, KPD, CDU, FDP, des Zentrums, der jüdischen, evangelischen und katholischen Religionsgemeinschaften dem ersten VVN-Landesvorstand angehört. Für sie alle hielt der erste Ministerpräsident des Landes, Dr. Rudolf Amelunxen, eine Ansprache, in der er den Widerstandskampf und das Leiden der Opfer würdigte. Der Ministerpräsident mahnte: „All denen, die den Schandtaten und Verbrechen der Vergangenheit das richtige Verständnis noch nicht entgegenbringen, müssen wir mit wahrheitsvoller Aufklärung und eindeutigen Forderungen entgegenzutreten.“ Er sagte weiter: „In der Ausübung von Toleranz darf und muß nur eine einzige Ausnahme gemacht werden, nämlich die, daß es keine Freiheit gibt für die Mörder der Freiheit. Wir kennen diese und werden alles tun, um sie nicht noch einmal zum Zuge kommen zu lassen.“

Die VVN hatte auch zum 50. Jahrestag den NRW-Ministerpräsidenten um Mitwirkung beim Jubiläum gebeten. Ministerpräsident Johannes Rau lehnte zwar die Schirmherrschaft über das Jubiläum mit dem Hinweis auf Differenzen in der Menschenrechtsfrage in der Vergangenheit ab, er fand jedoch würdige Worte für die VVN, deren Mitglieder gegen das „Verdrängen und Vergessen“ wirkten. Die VVN sei zu „einer Mahnerin gegen das Vergessen geworden.“ Rau würdigte in seinem Schreiben auch die „ver-

gessenen“ Opfer sowie die Rolle der Kommunisten im Widerstand. Es sei völlig verfehlt, „die Opfer des kommunistischen Widerstandes gegen Hitler gleichsam in Haftung nehmen zu wollen für die spätere Politik der DDR“.

Rau betonte, daß es einen Schlußstrich unter die Vergangenheit nicht geben darf. „Was die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus anbelangt, hat die VVN – Bund der Antifaschisten seit ihrer Gründung vor fünfzig Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet, den ich schätze und der nicht kleingeredet werden darf.“ In seiner Antwort an Johannes Rau dankte Jupp Angenfort für die von Rau ausgesprochenen Wünsche zum guten Gelingen: „Meines Erachtens besteht die Gefahr, daß Rechtskräfte die Massenarbeitslosigkeit und soziale Not demoagogisch nutzen, um ihre Pläne für eine ganz andere Bundesrepublik Deutschland voranzutreiben ... Es wäre gut, wenn die demokratischen Kräfte unseres Landes sich entschlossen, solch einer Entwicklung in gemeinsamem Handeln entgegenzuwirken.“ Angenfort bezeichnete dies auch als einen Auftrag der NRW-Landesverfassung, in der das Wohl des Menschen und „der Schutz der Arbeitskraft den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes“ (Artikel 14) einnehme.

Von dem Treffen in Mülheim wurde die Jugend aufgerufen, den Bestand und die Fortentwicklung der VVN-BdA zu sichern. Junge Leute waren in großer Zahl unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich mittels Videos, Ausstellungen, Gesprächen mit Zeitzeugen und bei zwei kulturellen Erinnerungs- und Solidaritätsveranstaltungen im Ringlokschuppen des Landesparkschaukelgeländes informierten. Künstler aus Südamerika, Afrika und aus der Türkei sorgten für Höhepunkte des antifaschistischen Landestreffens. Der Schauplatz der Geburtstagsfeier, ein ehemaliger Lokscheunen des Betriebsbahnausbesserungswerkes Mülheim, hat auch historische Bedeutung: Hier wirkte eine Widerstandsgruppe, die bis 1945 Zwangsarbeitern half.

Ulrich Sander, Pressesprecher VVN-BdA NRW

identifiziert. Drei von ihnen hatten nach Ansicht des Gerichts die Blockade maßgeblich zu verantworten, die anderen wurden als Mitläufer eingestuft.

Der Vorsitzende Richter Mussel zeigte grundsätzlich Verständnis für die Proteste der Kurden. Eine Blockade auf der Autobahn sei jedoch wegen der Gefährdung der Verkehrsteilnehmer „sozialwidrig“ und „verwerflich“.

Meckersheimer als Wahlhelfer des REP-Kandidaten

Stuttgart. Es hat zwar dem REP-Kandidaten (diesmal) nicht zu vielen Stimmen verholfen, aber der Auftritt von Alfred Meckersheimer am Montag vor der OB-Wahl für den REP-Kandidaten ist ein Alarmzeichen in mehrerer Hinsicht. Der Oberleutnant a.D., Ex-CSUler, Ex-Grünen-MdB und Ex-Friedenskämpfer gehört zu der schillernden „Prominenz“, die populistische Strömungen im politischen Wind erschnüffelt und daran ihre Laufbahn ausrichtet.

Diese Windhund wittern Aufwind für rechts. Das Bekenntnis zu den REP ist auch kein absolutes Karrierehindernis mehr. Eine der ersten Amtshandlungen Erwin Teufels nach der Landtagswahl

war seine Eröffnungsrede für die Tagung des Weikersheimer Studienzentrums im Haus der Wirtschaft.

Es gibt auch niemanden mehr, der wilens oder in der Lage wäre, Veranstaltungen der REP durch Aktionen zu behindern oder zu verhindern. Die bisherigen Mittel, faschistische und nationalistische Politik zu bekämpfen, reichen nicht mehr aus.

In der letzten Landtagswahl konnten die REP eine politische Minderheit als festen Wählerstamm mobilisieren, die zu groß ist, um sie durch Nichtbeachtung oder Blockadeaktionen zurückzudrängen. Die REP nützen jetzt die Bastionen der Landtagsfraktion und im Gemeinderat, um ihre Strukturen zu festigen, ihr Personal auszubilden und sich in der praktischen Politik Positionen zu erarbeiten.

In dieser Situation müssen Antifaschistinnen und Antifaschisten neu überlegen, wie sie nationalistische, militaristische, rassistische und gewerkschaftsfeindliche Politik wirksam bekämpfen können. Mehr als bisher wird man sich mit den politischen Inhalten der Politik der REP und ihres Umfeldes auseinandersetzen müssen.

Die Aufdeckung und Kritik der Verbindung zwischen Faschismus und Kon-

servatismus muß fortgesetzt werden. Die Beratung der antifaschistischen Kräfte, die Öffnung und Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Bewegungen des politischen Widerstandes gehören dazu.

ulk

Junge Vertriebene laden Neofaschisten ein

Düsseldorf. Die „AG Junge Generation im Bund der Vertriebenen – Landesverband NRW“ plante für Ende November ein „Deutschlandpolitisches Seminar“, zu dem Referenten wie Dr. Heinrich Piebrock und Klaus Kunze mit offen rechts-extremem Hintergrund geladen worden sind. Piebrock hat erst jüngst in Hetendorf gesprochen, dem Schulungszentrum des militanten Flügels des bundesdeutschen Neofaschismus.

Rechtsanwalt Klaus Kunze war u.a. Verteidiger des NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler und der FAP-Funktionäre Karl Polack und Thorsten Heise, er war Pressesprecher des REP-Landesverbandes Niedersachsen und Landtagskandidat der

REP in Niedersachsen, er schreibt in der neurechten „Jungen Freiheit“. Als weitere Referenten waren angekündigt: Sascha Jung (vom deutschnationalen Hofgeismarkreis in der SPD), Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter (Autor in der „Jungen Freiheit“), der CDU-MdB Heinrich Lummer sowie der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, der über die „neuen Chancen“ der Heimatvertriebenen in Osteuropa referieren will.

Wie man sieht, ein friedliches Nebeneinander von eher konservativen und offenen rechtsextremen Referenten, und all dies unter der Schirmherrschaft der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, die durch den Bundesrat alimentiert wird.

Nachdem die Abgeordnete der PDS, Ulla Jelpke, das Programm dieses Seminars öffentlich gemacht und den Innenminister NRW dazu aufgefordert hat, die Durchführung dieses Seminars zu unterbinden, wurde dem Veranstalter – der JLO – die Zusage für die öffentlichen Räumlichkeiten entzogen.

Pressemitteilung U. Jelpke



„Berlin braucht Wagenburgen!“

Unterschriftensammlung gegen die Vertreibungspolitik des Berliner Senats

Eine Initiativgruppe des Berliner „Stadtforums von unten“ hat bereits Ende August eine Unterschriftensammlung gestartet. Diese richtet sich gegen die von dem Berliner CDU/SPD-Senat betriebene systematische Verfolgungs- und Vertreibungspolitik gegen arme Leute in der Stadt, hier unter anderem gegen die sogenannten „Wagenburgler“, die laut CDU-Innensenator und Ex-General Schönbohm „kriminelle Schwerpunkte“ in der Stadt bildeten bzw. anzögen und deshalb bis spätestens Ende 1997 zwangsweise alle in ein befestigtes und bewachtes Lager am Rande der Stadt im Stadtteil Spandau-Staaken vertrieben werden sollen.

In Staaken selbst ist eine politisch sehr gemischte „Bürgerbewegung“ gegen die Verlegung der Wagenburgler aktiv, die mit Unterstützung des CDU-Bezirksbürgermeisters und erheblichen Teilen der SPD sowie mit fast gleichen Argumenten wie der Innensenator (kriminell, Rauschgift, Lärmbelästigung u.ä.) die von ihrem Parteifreund im Innensenat betriebene gewaltsame Konzentration aller in Berlin lebenden „Wagenburgler“ in die Nähe ihrer Wohnungen verhindern will.

Die Wagenburgler, soweit sie politisch aktiv sind, bemühen sich derweil im Ostteil von Berlin in Verhandlungen und durch Aufklärungsveranstaltungen in mehreren Bezirken (z.B. mit der PDS-Bürgermeisterin Bärbel Grygier von Hohenschönhausen) darum, dort kleine und genehmigte Stellplätze zu erhalten.

Hier die Erklärung des Stadtforums, unter die zunächst bis zum nächsten Frühjahr, dem vermuteten Beginn der gewaltsamen „Verlegung“ der Wagenburgler nach Staaken, Unterschriften gesammelt werden sollen. (rül)

„Berlin braucht Wagenburgen!“

Der Senat von Berlin hat am 15. Juli 1996 beschlossen, bis Ende 1997 sämtliche Wagenburgen der Stadt räumen zu lassen. Damit verschärft er die ohnehin schon erschreckende Obdachlosigkeit in Berlin. Obendrein raubt er der Stadt ein Stück jener kulturellen Vielfalt, die den Anspruch Berlins rechtfertigen würde, eine weltoffene Metropole zu sein. In Zeiten sich verschärfender sozialer Probleme und wachsender Armut läßt die verordnete Eliminierung dieser kulturellen Randgruppe Schlimmes befürchten: Berlin gibt damit liberale und demokratische Grundsätze auf und begibt sich auf den verhängnisvollen Weg autoritärer Gesellschaftspolitik.

Die weitaus meisten der „Rollheimer“ und „Wagenburgler“ haben sich in freier Entscheidung und nicht aus materieller Not zu einem Leben in Bauwagen-siedlungen entschlossen. Sie verzichten bewußt auf die Annehmlichkeiten des Lebens in Häusern und übernehmen ein großes Maß an sozialer Verantwortung in der Siedlung. Das geht nicht immer gut – vor allem dort, wo solche Siedlungen überdimensioniert und mit sozialen Problemen überfrachtet sind, wie in der unlängst geräumten Wagenburg „East Side“.

In der Regel sind Wagenburgen aber keinesfalls Elendsquartiere und schon

gar nicht kriminelle Schwerpunkte. Die gegenwärtig betriebene generelle Kriminalisierung entbehrt daher jeglicher Rechtfertigung. Die Senatsentscheidung richtet sich vielmehr gegen eine Kultur des einfachen Lebens in der Großstadt, wie sie sich über Jahrzehnte in den Wagenburgen entwickelt hat. Hier werden wertvolle Erfahrungen bei der Abfallvermeidung, der Anwendung von Solarenergie und dem sparsamen Umgang mit Ressourcen gemacht. Wagenburgen sind darüber hinaus oftmals wichtige und aktive Bestandteile der lokalen Stadtkultur.

In vielen Metropolen der Welt gehören Wagenburgen oder ähnliche Einrichtungen wie reguläre Standplätze für „mobile houses“ oder ökologische Wohnprojekte ganz selbstverständlich und unspektakulär zum Stadtbild.

Berlin ist mit rund 3,5 Millionen Einwohnern zwar keine sonderlich bevölkerungsreiche Metropole, von der Fläche her aber eine der größten Städte der Welt. Auch in der Berliner Innenstadt existieren trotz des zu Ende gehenden Baubooms noch auf Jahrzehnte hinaus viele ungenutzte Brachflächen, auf denen Wagenburgen Platz finden können – darunter auch zahlreiche Grundstücke in Landes- und Bundesbesitz, auf denen in absehbarer Zeit keine Bauvorhaben stattfinden werden.

In dieser Situation die Säuberung Berlins von allen Wagenburgen zu beschließen, zeugt von einer bestürzenden Hilflosigkeit der Stadtregierung in der gegenwärtigen Krisensituation. Berlin entwickelt sich ganz offensichtlich nicht zur internationalen Wirtschaftsmetropole. Statt dies zu akzeptieren und auf einer realistischen Grundlage die Perspektiven der Stadt neu zu überdenken, verteidigt der Senat krampfhaft ein überholtes Leitbild und scheut dabei nicht vor autoritären Maßnahmen zurück: Mit den Wagenburgen wird ein innerer Feind konstruiert, der symbolisch der angestrebten Entwicklung im Wege steht und jetzt mit großem Getöse vernichtet werden soll.

Ein kosmopolitantes Berlin lebt aber von der Verschiedenheit seiner Subkulturen. Die angestrebte Säuberung ist nicht nur kleinbürgerlich und provinziell, sie ist auch der Ausdruck einer neuen Berliner Intoleranz. Sie schadet der Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Berlin braucht Wagenburgen!

Wir fordern den Senat daher auf, den eingeschlagenen Weg zu korrigieren und im Dialog mit Vertretern der Wagenburgen eine Politik der Legalisierung der bestehenden sowie der Ausweisung neuer Wagenburgplätze zu entwickeln. Sind diese überschaubar dimensioniert und bietet sich den Bewohnern dort eine mittelfristig abgesicherte Lebensperspektive, so ist dort auch die Gefahr der Verslumung gebannt.

Berlin, den 22.8.1996
(Unterzeichnet u.a. von Abgeordneten von PDS und Bündnis 90/Grüne, darunter die Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Grüne) und Harald Wolf (PDS), Künstler/innen, Journalisten/innen, Hochschullehrer/innen wie Prof. W. D. Narr u.a.)



Mehr als 13.000 Schülerinnen und Schüler von über 40 Schulen protestierten am 22. Oktober gegen die Sparpolitik des Berliner Senats im Bildungsbereich. Aufgerufen zu der Aktion hatte die Landesschülervertretung. Bereits jetzt gebe es in vielen Schulen nur noch veraltete Karten und Bücher im Chemie- und Kunstunterricht fehle Material. Die GEW kritisierte Pläne des Senats, im nächsten Jahr den Satz für Lehr- und Lernmittel weiter von 114 auf 85 bis 80 DM pro Schüler im Jahr zu senken. Die Polizei war mit 400 Beamten und einer Reiterstaffel da, als aus einem Lautsprecherwagen das Rote-Zora-Lied gespielt wurde, wurde der Wagen und eine Kassette mit einer Glosse auf die Nationalhymne beschlagnahmt. Den Veranstaltern wurden Strafverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ und „Verunglimpfung staatlicher Symbole“ angedroht. Am 29. Oktober beriet die Landesschülervertretung über weitere Aktionen, die GEW bereitet einen Aktionstag gegen die Senatspolitik vor.



Etwa 3.000 bosnische Kriegsflüchtlinge protestierten am 17. Oktober auf einer Demonstration in Berlin gegen ihre von der Innenministerkonferenz beschlossene und vom Berliner Senat auch massiv betriebene „Rückführung“ nach Bosnien-Herzegowina. „Wir sind nicht freiwillig in die BRD gekommen“ und Proteste gegen ihre Abschiebung in Gebiete, in denen während der kommenden Winterzeit weder eine ausreichende Verpflegung noch eine Unterkunft zu finden sein werden, übten sie. Die Berliner Ausländerbehörden haben bereits begonnen, die Pässe der ersten bosnischen Flüchtlinge einzubehalten, die ersten sollen anscheinend bereits in den nächsten Wochen abgeschoben werden.



Etwa 300 Bürgermeister und Landräte aus Sachsen-Anhalt protestierten am 18. Oktober vor dem Landtag in Magdeburg gegen Kürzungen der kommunalen Finanzausweisungen, die die Landesregierung beabsichtigt. Die Landesregierung plant eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, das den Kommunen bisher 24% des Landeshaushalts, mindestens aber 3,8 Milliarden DM als Zuweisungen garantiert. Die Regierung will die Zuweisungen um mindestens 500 Millionen DM kürzen. Betreiber der Demonstration waren Bürgermeister und Landräte vor allem von der CDU und zum Teil auch der SPD. Die PDS hatte sich bereits im Vorfeld gegen die Kürzungspläne der Landesregierung ausgesprochen und auch in den Kommunen entsprechende inhaltliche Entschlüsse verabschiedet, bleibt aber angesichts der sichtbaren Steuerung der Aktion durch die CDU, die Transparenz und Protestschilder per Lastwagen zentral herankarrte, zu der Aktion selbst Distanz.

BASF-Vorstand als Scharfmacher bei der Kürzung der Lohnfortzahlung



Bis zur letzten Minute war der Betriebsratsvorsitzende der BASF noch voller Hoffnung und zeigte sich dann schließlich zutiefst enttäuscht, als der Vorstand am 8. Oktober das beschloß, was er Ende September, damals bereits für 1. Oktober, angekündigt hatte.

Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 % ab 1. November 1996; bei fünf Tagen Krankheit kann man seine Lohnkürzung gegen einen Urlaubstag eintauschen. Man wolle dabei die Ergebnisse des Gesprächs zwischen den Tarifvertragsparteien berücksichtigen. Arbeitsdirektor Kley zeigte sich gegenüber der Presse optimistisch, daß die Begrenzung des Entgelts in der Praxis kaum zur Anwendung kommen werde. Der Herr geht davon aus, daß die Leute aufs Geld nicht, notgedrungen aber auf den Urlaub verzichten werden. (BASF aktuell 17.10.96)

Geht es wirklich um Krankenstand und Kosten?

Die BASF hat mit diesem Beschluß innerhalb der Großchemie die Führerschaft an der Lohnfortzahlungskürzungsfront übernommen. Bayer will erst ab 1. Januar 1997 kürzen (Rheinpfalz, 9.10.96). Hoechst verhandelt derzeit mit dem Betriebsrat. Mit dem Damoklesschwert der drohenden Lohnsenkung erhofft sich Arbeitsdirektor Kley, bei seinen Beschäftigten jede Krankheit flugs in die Flucht schlagen zu können. Das muß man folgern, wenn er öffentlich mit einem künftigen Krankenstand von 3,8% liebäugelt. Derzeit liegt er in der BASF bei bescheidenen, unterdurchschnittlichen 4,8%. Die Kurzzeiterkrankungen gar bewegen sich bei unter 1 Prozent. „Damit stehen wir nicht nur insgesamt, sondern auch in unserer Branche recht gut da“, gesteht Kley ein. Über verschiedene, mit dem Betriebsrat vereinbarte Maßnahmen (auch Fehlzeitengespräche gehören dazu!) war der Krankenstand in der BASF von früher 9 Prozent stark gedrückt worden. Aber im internationalen Vergleich müsse man hier noch besser werden, so Kley.

Bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten soll der volle Lohnausgleich weiterbezahlt werden. Da wird sich manch einer überlegen, ob zugunsten des Erhalts einer Sicherheitsprämie für die Arbeitsgruppe darauf verzichtet wird, einen Arbeitsunfall zu melden, oder ob er den vollen Lohnausgleich lieber der Prämie vorzieht. Die BASF könnte sich

also eine Steigerung der Arbeitsunfälle einhandeln und ihre Zahlungen an die Berufsgenossenschaft erhöhen müssen. Der positive Kosteneffekt wäre noch minimaler.

Die jährliche Kostenersparnis aufgrund der Lohnkürzung liegt bei der BASF bei lächerlichen 20 Millionen DM. Kley räumte auf einer Pressekonferenz ein, daß dies angesichts von 2,1 Milliarden DM jährlicher Sozialkosten ein geringer Betrag sei. Offenbar ist an dieser Stelle dann ein Begründungsengpaß aufgetreten. Schließlich verwies er auf die Empfehlung des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie (BAVC), der man sich verpflichtet fühle. Da dort der BASF-Vorstand personell vertreten ist, heißt das nichts anderes, als daß man an den selbst gesetzten Vorhaben festhält. Expressis verbis geht es „um die Senkung der Lohnnebenkosten und damit um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche“. (BASF aktuell). Und schließlich müsse man die Position der kleineren und mittleren Chemieunternehmen stärken.

„Mehr als ein Kratzen an der Sozialpartnerschaft“

In den letzten Tagen wurde auch Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern und politisch weniger interessierten Beschäftigten klar, daß ein sozialpolitischer Dammbuch vorbereitet wird, der jeden trifft, und der erst der Anfang von weiteren gravierenden Verschlechterungen darstellen wird. So gelang es dem BASF-Betriebsrat innerhalb weniger Stunden, ca. 15000 Beschäftigte zu einer Informationsveranstaltung am folgenden Tag um 12 Uhr vor das Betriebsratsbüro zu mobilisieren. Es waren alle Berufsgruppen vertreten bis zu außertariflichen und leitenden Angestellten, von denen manch einer glaubt, der Vorstand habe jegliches Gespür „für die Basis“ verloren – sei einfach „durchgeknallt“.

Beifall gab es, als der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Daniel feststellte, daß die fast gleichzeitig angekündigten Jahresprämie von 175% keineswegs als Beruhigungsmittel wirke. „Schweinkram, süß verpackt“, bezeichnete er dies unter Beifall. Viele BASF-Beschäftigte sind sowieso der Ansicht, daß das „Weihnachtsgeld“ in keiner Relation zu den Gewinnen steht.

Der Betriebsratsvorsitzende Obenauer verwies auf die schwierige rechtliche

Lage, da im Manteltarifvertrag der Chemie auf die gesetzlichen Bestimmungen Bezug genommen wird. Da muß man es sich genau überlegen, rief er: „Wollen wir den Streit(k)?“ Was er nun wirklich sagte, ging in lautem Ja-Gebrüll unter. Er prangerte den Schulterschluß von Kohl und Kapital an, was er als einziges Motiv für die Lohnkürzung sieht. Die Kosten können es nicht sein. Schließlich werde die Außenfassade des BASF-Verwaltungshochhauses derzeit für 22 Millionen DM renoviert. Das Verhalten der BASF sei „mehr als nur ein Kratzen an der Sozialpartnerschaft“.

Der Ludwigshafener Geschäftsführer der IG Chemie Küppers sah die Sozialpartnerschaft aufgekündigt – „aber nicht von uns“. Die Menschen würden durch die Lohnfortzahlungskürzung nicht weniger krank. Gemeinsam sollten stattdessen Regelungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für besseren Gesundheitsschutz etc. gefunden werden.

In allen Reden wurde immer wieder betont, daß dies erst der Auftakt zu weiteren Aktionen darstellen könne. Am selben Tag startete der Betriebsrat eine Unterschriftensammlung, die bisher auf breite Resonanz stößt. „Wir wissen, daß es viele Arbeitnehmer gibt, die nicht mehr gewillt sind, den verordneten Weg vom Wirtschaftswunder ins Armenhaus zugunsten der Reichen in diesem Land hinzunehmen. Es gab bereits erste Arbeitsniederlegungen in der Metallindustrie. In der Chemie gibt es dafür keine Rechtsgrundlage, aber wir können unseren Unmut dokumentieren und den Repräsentanten in Politik und Wirtschaft vor Augen halten. Deshalb ruft der Betriebsrat alle Mitarbeiter der BASF auf, sich an der Unterschriftenaktion gegen die Lohnkürzung im Krankheitsfall zu beteiligen“, heißt es in einem Flugblatt. Die Unterschriften sollen im Rahmen einer Demonstration dem Vorstandsvorsitzenden Strube und anläßlich eines Protestzuges nach Oggersheim auch Kohl zur Kenntnis gebracht werden.

Sozialpartnerschaftliche Blauäugigkeit muß teuer bezahlt werden

„Wer hätte denn gedacht, daß die da mal drangehen“, hört man in letzter Zeit öfters von IG-Chemie-Hauptamtlichen. Daß es die IG Chemie so lange nicht wahrhaben wollte, daß die Chemiekonzerne sich im Globalisierungskrieg einen Dreck um die Sozialpartnerschaft scheren, ist ein wirkliches Ärgernis. Und auch heute sind noch ersthafte Zweifel angebracht, daß diese Einsicht sich nun wirklich in der Führung der IG Chemie durchsetzt.

Immer wieder wurde in den letzten Jahren im Rahmen von normalen Lohnverhandlungen Eingriffe in den Manteltarif vorgenommen – immer im Sinne des Unternehmerlagers für mehr Flexibilisierung der Arbeitszeit oder für den Einbau von Öffnungsklauseln (geringeres Entgelt für Langzeitarbeitslose und Berufsanfänger und neu Eingestellte, Reduzierung des Weihnachtsgelds bei schlechter wirtschaftlicher Lage etc.). Angesichts der bereits seit mindestens 1991 öffentlich diskutierten Überlegungen gegen die Lohnfortzahlung hätte man die 100 Prozent rechtzeitig tarifvertraglich festklopfen müs-

sen – eine sträfliche Blauäugigkeit und Nachlässigkeit bei der Neuverhandlung des MTV 1992, die sich in der Mobilisierung nach Bonn und zu den regionalen Demonstrationen fortsetzte. In allen Reden und Flugblättern wurde dieser heikle Punkt des Manteltarifvertrags nicht erwähnt. Glaubte die IG-Chemie-Führung, so die schlafenden Hunde weiter im Schlaf wiegen zu können, die doch in Wirklichkeit sich bereits die Lefzen lecken? Ob es bei den nun von der IG Chemie geforderten Tarifverhandlungen gelingt, im MTV die volle Lohnfortzahlung ohne anderweitige weitreichende Zugeständnisse zu verankern, ist fraglich.

Die IG Chemie sieht Tarifrrechtsbruch: Urlaub darf nicht mit Krankheit verrechnet werden

Als einen Rechtsbruch betrachtet die IGCPK die Verrechnungsmöglichkeit von einem Urlaubstag für fünf Krankheitstage. Dieser Eingriff in tarifliche Urlaubsansprüche greift die Tarifautonomie an. Sie will dagegen klagen, denn „der Urlaub dient der Erholung und ist für die weitere Erhaltung der Arbeitskraft notwendig. Ein Verzicht von einzelnen Arbeitnehmern auf tarifliche Urlaubsansprüche ist auch nach dem Tarifvertragsgesetz verboten“ (Flugblatt des Hauptvorstands der IG Chemie). Im selben Flugblatt signalisieren Schmoldt und Terbrack Gesprächsbereitschaft über eine Veränderung der Berechnungsgrundlagen bei der Lohnfortzahlung sowie Offenheit für „neue Ideen“. Die Überstunden aus der Berechnungsgrundlage auszuschließen, hat Überleiferer Schmoldt bereits Anfang dieses Jahres öffentlich angedacht. Der IG-Metall-Bezirksleiter von Stuttgart scheint diese Überlegung jetzt aufgegriffen zu haben. Allerdings ist die Mehrarbeit in der Chemieindustrie wesentlich niedriger als bei Metall. Bei der BASF zum Beispiel bewegte sich im August 1996 bei den Arbeitern bei 0,2 % und bei den Tarifangestellten bei 0,6 %.

Die Haus- und Hof-Gazette des Unternehmerlagers „Aktiv“, die BASF-Beschäftigte kostenlos monatlich zugestellt bekommen, betitelt den Streit um die Lohnfortzahlung als „viel Lärm um wenig“. Im Durchschnitt seien drei Krankheitstage gerade mal 50 Mark netto weniger. Schließlich reduzierten sich dabei auch die Lohn- und Kirchensteuer, der Solidaritätszuschlag und die Beiträge zur Sozialversicherung. „Von Sozialabbau oder Demontage des Sozialsystems kann also keine Rede sein“.

Die Wirklichkeit ist, wie so oft, anders, denn die Kurzfehlzeiten sind gering; wer länger krank ist, dem fehlen weit mehr als nur 50 DM und vor allem werden die Mindereinnahmen der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenkassen wieder auf die Lohnabhängigen zurückgeschlagen mit noch höherer Selbstbeteiligung und weiteren Kürzungen. Schon heute tragen die Versicherten 60 % und die Unternehmer nur noch 40 % der Sozialversicherungsbeiträge. „Mit welchem Recht sind die Arbeitgeber noch in den Verwaltungsräten der Kassen tätig, wenn sie nicht bereit sind, die Interessen der Kassenmitglieder nach dem Gebot einer ‚social correctness‘ zu vertreten“, fragt die Süddeutsche Zeitung. (21.10.1996).

– (cdc)

Hochtief AG setzt Kranke unter Druck

Während für die Arbeiter im Baugeberbe keine gesonderte tarifliche Regelung über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall existiert, wurde beizeiten für die Angestellten die hundertprozentige Lohnfortzahlung tariflich gesichert. Gegen die Protest des Betriebsrats verweigert die Essener Hochtief AG dies ihren Angestellten seit dem 1.10.1996. Außerdem zahlt die Konzernleitung die tarifliche Anhebung der Löhne und Gehälter zum 1.9.1996 im Osten auf 95% des Westniveaus nicht und kündigte die Betriebsvereinbarung über die Sonderleistungen zum 31.12.1996. Der Betriebsrat spricht in diesem Zusam-

menhang von widerrechtlicher Aneignung fremden Eigentums und von Diebstahl, bekennt sich aber zu den „gemeinsamen Zielen“ und appelliert an den Vorstand, das Vertrauen der Mitarbeiter und den Betriebsfrieden nicht aufs Spiel zu setzen. Gleichzeitig sind Arbeiter, die nach Ansicht der Geschäftsleitung zu oft krank sind, zu Einzelgesprächen geladen und mit der versteckten Drohung mit Entlassung unter Druck gesetzt worden. Darunter waren Kollegen mit kaputtter Bandscheibe und ältere Kollegen, die verheizt worden sind.

Es ist schon bitter, wenn kranke Bauarbeiter demnächst hohe Lohnnebenbußen hinnehmen müssen oder sogar krank arbeiten kommen.

– (tja, aus Lokalberichte Essen)

Befristete Arbeitsverhältnisse werden zur Norm gemacht

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat weitreichende Folgen

Ende Juni veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht (BVG) sein Urteil zum Hochschulfristvertragsgesetz¹. Von interessierter Seite wurde das Urteil aufmerksam studiert, wird mit dem Urteil doch die Koalitionsfreiheit eingeschränkt und werden dem Gesetzgeber

1985 das Hochschulfristvertragsgesetz. Die Tatsache, daß die Tarifverhandlungen gescheitert waren, weil die Ge-

Die Koalitionsfreiheit garantiert jedoch für die Tarifvertragsparteien einen Vorrang bei der Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen vor dem Gesetzgeber. Richtigerweise hätte also geprüft werden müssen, ob die Tarifverträge die Wissenschaftsfreiheit verletzen, was nicht der Fall war. Stattdessen wird dem Staat grundrechtswidrig zugestanden, seine eigenen, abweichenden Vorstellungen von den Arbeitsbedingungen in der Hochschule oder in Forschungseinrichtungen unter Aufhebung von Tarifverträgen oder mit Tarifsperrern durchzusetzen...

werkschaften an ihrem – besseren – Tarifvertrag festhielten, zieht das Gericht als Rechtfertigung für den Eingriff des Gesetzgebers heran. Parallelen zur gegenwärtigen Diskussion um die Lohnfortzahlung drängen sich geradezu auf.

Welche Auswirkungen die zunehmende Befristung von Arbeitsverhältnissen auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen haben, wird in dem nebenstehend dokumentierten Artikel aus dem „ÖTV-Report“² geschildert.

– (Hannelore Reiner)

¹) Inhalt des Hochschulfristvertragsgesetzes sind die 1985 in das Hochschulrahmengesetz eingeführten §§57a-f, die

Infolge dieser Fehleinschätzung könnte nunmehr im Rahmen des Sparprogramms der Bundesregierung die aktuelle Versuchung entstehen, auch tarifliche Regelungen der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gesetzlich aufzuheben... Das Urteil sichert die personale Rotation von sozial ungesicherten Beschäftigten unterhalb der Professoren ab und gibt damit ein Grundrecht preis, was den Gesetzgeber geradezu ermuntern muß, in das Sozialsystem dieser Republik noch stärker einzugreifen.

– Jürgen Geldmeyer, ÖTV-Report

– kurz gesagt – die Tätigkeit als Wissenschaftler als ausreichenden Grund für eine Befristung betrachten. Die Befristungsdauer beträgt längstens 5 Jahre; max. weitere 5 Jahre sind u. U. möglich.

²) „ÖTV-Report WiFo“ (Wissenschaft und Forschung) v. Oktober 1996

Vgl. auch den bereits veröffentlichten Artikel zum WIP (Wissenschaftler-Integrationsprogramm). Die mögliche Verlängerung von Arbeitsverhältnissen dieser Wissenschaftler scheitert voraussichtlich am Hochschulfristvertragsgesetz.



In einer ersten Wertung stellen wir fest, das Bundesverfassungsgericht hat die verfassungsrechtliche Garantie der Koalitionsfreiheit – also eines Grundrechts – mißachtet, indem es dem Gesetzgeber gestattet, Tarifverträge aufzuheben, wenn er sich dabei auf andere Verfassungs„werte“ berufen kann.

Wege aufgezeigt, wie in Zukunft Tarifverträge aufzuheben oder auszuhöhlen sind: indem nämlich verschiedene Grundwerte gegeneinander abgewogen werden.

ÖTV und GEW hatten 1986 Verfassungsbeschwerden eingereicht, weil mit diesem Gesetz in bestehende Tarifverträge des öffentlichen Dienstes eingegriffen wurde, was das BVG in seinem Urteil auch gar nicht bestreitet. Inhaltlich hat das BVG entschieden, daß die grundsätzliche Befristung von Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich rechtens und angemessen sei, denn die Wissenschaftsfreiheit habe in diesem Fall gegenüber der Koalitionsfreiheit einen höheren Rang. Dieser höhere Rang rechtfertige den – teilweise umfangreichen – Eingriff in die Koalitionsfreiheit.

Hintergrund des Streits: Die öffentlichen Arbeitgeber und Wissenschaftsorganisationen hatten Ende der 70er Jahre („Bildungsboom“) völlige, „risikolose“ Befristungsfreiheit für ihren Bereich verlangt. Tarifverhandlungen hierzu scheiterten. Die öffentlichen Arbeitgeber wechselten daraufhin ihre Rolle vom Tarifpartner zum Gesetzgeber. Als solcher beschlossen sie dann

Prinzip „teile und herrsche“ perfekt etabliert

aus ÖTV-Report

Schlechte Arbeitsbedingungen in den Forschungseinrichtungen und ihre Auswirkungen

Seit Mitte der achtziger Jahre haben sich die Arbeitsbedingungen in den Forschungszentren entscheidend verschlechtert. Gründe sind die einseitige Orientierung der Forschung an den Interessen der Wirtschaft und schneller Vermarktbarkeit sowie der Abbau der grundfinanzierten Stellen, das heißt immer weniger Personal wird mit unbefristetem Arbeitsvertrag beschäftigt. Neueinstellungen erfolgen heute in der Regel für ein bis drei Jahre. In Einzelfällen werden diese befristeten Verträge verlängert, wobei darauf geachtet wird, daß die gesamte Beschäftigungszeit fünf Jahre nicht überschreitet.

Möglichst viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sollen als promovierte Absolventen der Hochschulen ihr spezielles Wissen in die laufenden Forschungsprojekte einbringen und sich nach Ablauf des Arbeitsvertrages außerhalb der Forschungszentren, das heißt meistens auch außerhalb der Forschung, einen Arbeitsplatz suchen. Begründet wird diese Personalpolitik nicht nur mit der Knappheit der Stellen, sondern damit, daß die Effektivität des Forschungsbetriebes erhöht und der Überalterung der Beschäftigten im Forschungsbereich entgegengewirkt werden müsse.

Die befristeten Beschäftigten müssen während der kurzen Vertragslaufzeit möglichst ergebnisorientiert arbeiten. Über die Grenzen der eigenen, meist fachlich begrenzten Arbeitsgruppe hinweg findet ein wissenschaftlicher Austausch kaum statt. Eine Mitarbeit in den Mitbestimmungs- oder Mitwirkungsorganen ist praktisch ausgeschlossen.

Da bis auf ganz wenige Ausnahmen jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist in den Einrichtungen die Kontinuität der Forschung unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse kaum noch gewährleistet. Der immer kleiner werdenden Zahl unbefristeter Beschäftigter ist die Möglichkeit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit weitgehend entzogen, da sie im wesentlichen dafür zu sorgen haben, daß die befristeten Beschäftigten eingearbeitet und neue Projekte akquiriert werden. Aus der Tatsache, daß sie aus Zeitmangel nicht mehr aktiv forschen und veröffentlichen können, wird geschlossen, daß sie aus Altersgründen nicht in der Lage seien, wissenschaftliche Ergebnisse zu produzieren. Zunehmend wird ihnen von den Arbeitgebern und den befristeten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen mangelnde Flexibilität und Mobilität unterstellt. Langjährige Erfahrung in Forschungsbetrieb und -management oder in den Mitwirkungsorganen werden eher negativ bewertet. Diese Entwicklung führt dazu, daß die ausschließliche Technikzentrierung heute

die Regel ist und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung in den Zentren nicht mehr thematisiert wird.

Neben dem auf Tarifvertragsbasis beschäftigten wissenschaftlich-technischen Personal werden immer mehr Doktorandinnen und Doktoranden und studentsche Hilfskräfte eingestellt, die befristet als unterbezahlte Kräfte die Arbeit in den Projekten gewährleisten sollen.

Ist dennoch die Arbeit nicht zu schaffen, werden Aufträge nach draußen vergeben. Zumeist an solche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach Auslaufen ihres Zeitvertrages zur Gründung einer eigenen Firma gedrängt wurden. Diese ausgegründeten Kleinbetriebe werden in sogenannten Technoparks angesiedelt, die sich im Umfeld der Großforschungseinrichtungen bilden. Sie finanzieren sich zum größten Teil durch Arbeitsleistungen für ihre ehemaligen Arbeitgeber, die dann die Arbeitskosten unter Sachkosten verbuchen können. Der so privatisierte Arbeitsanteil wird in den Forschungsplänen der Zentren nicht mehr so aufgeführt und ist damit auch der öffentlichen Kontrolle entzogen.

Die Beschäftigten in der Verwaltung werden mit immer mehr Vorschriften überhäuft und durch die Einführung von Standardsoftware in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Für viele, insbesondere die sowieso schon schlecht bezahlten Frauen, bedeutet das, daß sie keine Aufstiegschancen haben oder gar von Herabgruppierung bedroht sind. Die Abwertung ihrer Arbeit gegenüber der Arbeit in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen trägt zur Entsolidarisierung zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen der Forschungseinrichtungen bei. Außerdem wurden und werden die Aufgaben des Infrastrukturbereiches, wie zum Beispiel Werkstätten, Anlagen- und Gebäudeinstandhaltung, Reinigung, Kantinen, Fahrdienst, Post- und Botendienst, zunehmend an Fremdfirmen vergeben. Das sogenannte Fremdpersonal, das unter meist noch schlechteren Bedingungen auf dem Betriebsgelände mit den Beschäftigten der Forschungseinrichtungen zusammentrifft, bildet eine weitere abgegrenzte Gruppe. Das Prinzip „Teile und Herrsche“ ist in den Einrichtungen perfekt etabliert.

Längerfristige Forschungsplanung wird unter den beschriebenen Bedingungen in den Forschungszentren zunehmend unmöglich; Personalplanung, die diesen Namen verdient, gibt es nicht. Die gewerkschaftliche Organisation mit dem Ziel, die eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern und sozialverträgliche Forschungsergebnisse zu erreichen, ist außergewöhnlich erschwert. Der ohnehin sehr geringe Organisationsgrad nimmt in den Forschungszentren weiter ab. (...)

– Helga Genrich

ÖTV REPORT

WiFo

ÖTV

DIE (VER)FASSUNG VERLOREN

Verfassungsgericht erklärt Eingriff in die Tarifautonomie durch Zeitvertragsgesetz für „verhältnismäßig“ und rechtens

D

ie Gewerkschaft ÖTV und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben gegen das neue Gesetz über die Befristung von Arbeitsverträgen und die Aufhebung von Tarifverträgen Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Im Vorfeld des Gesetzesgebens zum Hochschulfristvertragsgesetz haben die öffentlichen Arbeitgeber und die Gewerkschaften über die Aufhebung von Tarifverträgen und die Befristung von Arbeitsverträgen verhandelt. Diese Verhandlungen sind gescheitert.

Der Arbeitskreis Politische Berichte tagte

Ergebnisprotokoll der Tagung in Köln am 12.10.

Auf der Tagung waren 15 Personen anwesend. Beraten wurde über die Entwicklung der Auslandsberichterstattung, Erfahrungen und Wünsche betreffend das Gliederungskonzept der Zeitung, Auflagen- und Vertriebsentwicklung und die finanzielle Situation.

1. Die verbreitete und verkaufte Auflage der Zeitung geht weiter langsam zurück – im Augenblick je Ausgabe im Schnitt ein verkauftes Expl. weniger. Einigkeit bestand, daß sich die Zeitung nur entwickeln kann in Verbindung mit dem Wachstums- und Bildungsprozeß der PDS im Westen, als eine Zeitung, die Beiträge zum Widerstand gegen die Politik der Kohl-Regierung liefert und für die vielfältigen Bildungsprozeß des Widerstands im Westen der Republik nützliche Beiträge leistet. Wieweit da-

bei die gegenwärtige Machart – insbesondere der 14tägliche Rhythmus – beibehalten werden kann, muß vermutlich spätestens nach den nächsten Bundestagswahlen 1998 überprüft werden, bei denen so oder so eine Art „Bilanz“ des Widerstands gezogen werden wird.

Diskursiv, pluralistisch und authentisch sollen „Markenzeichen“ der Zeitung sein und bleiben.

Einigkeit bestand auch darüber, daß die Entwicklung einer authentischen Berichterstattung über den Widerstand aus dem Osten – aus dem Osten der BRD ebenso wie aus den Staaten weiter östlich, die Opfer der Ostexpansion des deutschen Imperialismus, von EU und NATO sind – ein besonderes Anliegen der Zeitung sein soll. Eine solche authentische Berichterstattung aus dem Osten ist auch von Bedeutung, um die antiimperialistischen Positionen in der PDS zu festigen – antiimperialistische Positionen, die stark genug waren und sind, daß die PDS bisher als einzige Partei im Bundestag Bundeswehrreinsätzen im Ausland energisch ablehnt hat und weiterhin ablehnt.

Um diese antiimperialistische Richtung der Zeitung zu festigen, soll die Verbindung mit dem Widerstand im Osten auch im Herausgeberkreis ge-

stärkt werden. Der Genosse Emil Hruska vom Linken Block (Tschechische Republik) wurde einstimmig in den Herausgeberkreis der Politischen Berichte aufgenommen. In einer Art „Rahmenplanung“ wird er in einer der nächsten Ausgaben seine Vorstellungen für die weitere Berichterstattung aus der Tschechischen Republik beschreiben.

2. Hinsichtlich Gliederungskonzept der Zeitung, Erfahrungen mit der Umstellung der Produktion (Fertigung ganzer Zeitungsblöcke an verschiedenen Verlagsorten, Zusammenfassung und Druck sowie Vertrieb über Berlin) gab es keinen Diskussionsbedarf bzw. keine Kritiken.

3. Die finanzielle Situation der Zeitung ist unverändert. Der Verlag geht davon aus, daß die Kostensteigerungen im nächsten Jahr (insbesondere die Post AG erhöht erneut ihre Gebühren) durch die bereits erfolgten Einsparungen aufgefangen werden können, so daß die Zeitung auch im nächsten Jahr über die Aboerlöse hinaus ca. 90.000 DM Einnahmen benötigt. Der Arbeitskreis bittet die Trägerorganisationen der Bundeskonferenz, diesen Betrag auch im nächsten Jahr aufzubringen, um das weitere Erscheinen der Zeitung zu gewährleisten.

4. Vertrieb: Ein öffentlicher Verkauf der Zeitung findet kaum noch statt. Die Trägerorganisationen der Bundeskonferenz werden gebeten, zu prüfen, ob sie in einem begrenzten Umfang die anfallenden Kosten für befristete Werbe- oder Freiabos übernehmen können. So könnte z.B. in PDS-Büros, in Infoläden, Jugendzentren o.ä. auf diese Weise die Zeitung eine Zeitlang kostenlos für diese Büros zum Lesen ausliegen. Die beim Verlag anfallenden Kosten (im wesentlichen die Zustellkosten) würden sich auf ca. 15 DM im Jahr belaufen, die der Verlag für solche Formen der Werbung der jeweiligen AG in Rechnung stellen würde. Nach einem Jahr soll dann durch Rundschreiben an diese Stellen geprüft werden, ob noch Interesse am Bezug der Zeitung besteht, ob eine Umwandlung in ein reguläres Abo gewünscht wird oder die Einstellung der Lieferung.

Der Verlag in Köln wird künftig wieder Austausch-Anzeigen zur Werbung für die Zeitung in anderen Zeitschriften erstellen und ausliefern, in Berlin besteht evtl. eine Aussicht, ausgewählte Artikel der Zeitung auch im via Internet für Interessierte „auszulegen“.

Sitzungsleitung: jöd
Protokoll: rül

Die neuen 129a-Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden

Hans-Eberhard Schultz zur neuen Prozeßwelle gegen Kurdinnen und Kurden

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit rollt gegenwärtig eine breit angelegte Prozeßwelle von „Terrorismus“-Verfahren nach §129a StGB gegen KurdInnen durch das Land. Hauptverfahren laufen vor den Staatschutzsenaten der OLGs Frankfurt, Hamburg, Stuttgart und München, weitere in Stuttgart-Stammheim, Düsseldorf und Celle stehen bevor.

Mehr als zwei Dutzend KurdInnen sind derzeit nach §129a inhaftiert, Haftbefehle gegen mehr als 50 existieren laut Generalbundesanwalt Nehm, einer davon gegen den bekannten politischen Exil-Politiker, Kani Yilmaz, der seit Oktober 1994 in London deswegen in Auslieferungshaft sitzt. Diese 129a-Verfahren sind die Spitze einer fast flächendeckenden Kriminalisierung von PKK nahen Kurden, die die „konsequente Durchsetzung des sogenannten PKK-Verbots“ von Bundesinnenminister Kanther im November 1993 ergänzen: Mehrere hundert kurdische politische Gefangene (wegen Demonstrationsdelikten, Anschlägen auf türkische Einrichtungen und sogenannten „Schutzgelderpressungen“ u.a.) tausende von Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der PKK und ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) nach §20 Vereinsgesetz, die ganzen Staatschutzkammern bei den Landgerichten verschiedener Bundesländer lahmlegen. Ähnlich wie in den 50er und 60er Jahren zur Hochzeit der Kommunistenverfolgung das Tragen einer roten Nelke in der Öffentlichkeit die Strafverfolgung nach sich ziehen konnte, reicht heute ein T-Shirt mit einem PKK-Aufdruck, ja die auf das Zifferblatt einer Armbanduhr eingetragene kurdische Fahne mit einem roten Stern für die Einleitung von Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme, die Aufnahme in den Polizeicomputer, Ausländer-Zentralregister und (über NATO-Kanäle) in die Dateien der türkischen Sicherheitsbehörden.

Dabei werden die Widersprüche immer deutlicher: Während die Kurden-

verfolgung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, die zur ersten Reihe von 129a-Verfahren gegen KurdInnen führten, insbesondere gegen die PKK-Führung mit dem – per Haftbefehl des GBA gesuchten – „Chefterroristen“ Öcalan als „gefährlichsten Terroristen Europas“ gerichtet waren (der als „Stalinist“ „Diktator“ usw. zusätzlich stigmatisiert wurde), wird eben dieser heute von namhaften Politikern und Vertretern der Geheimdienste zu Gesprächen aufgesucht und ausgerechnet vom BND als „gemäßigter“ Führer bezeichnet (Spiegel 34/96, S. 16), dem man durch Auflockerung des PKK-Verbots „den Rücken stärken“ müsse. Trotzdem hält der GBA bisher in seiner Prozeßwelle an dem Anklagekonstrukt einer angeblichen „terroristischen Vereinigung“ fest, die aus der Europaführung der PKK/ERNK bestehen soll und die Befehle des PKK-Vorsitzenden Öcalan im blinden Gehorsam ausführe.

Bundesanwaltschaft: Schaffen wir „2, 3, viele PKK-Prozesse“

„Ein solcher Strafprozeß darf sich nicht wiederholen!“ verkündete der Vorsitzende Richter zu Beginn der Urteilsverkündung nach 4 1/2 Jahren Hauptverhandlung in Düsseldorf PKK-Prozeß, dem „größten Terroristen-Prozeß in der Geschichte der BRD“ (so der frühere Generalbundesanwalt Rebmann) gegen ursprünglich 20 kurdische Angeklagte. Das Fazit des Vorsitzenden wurde erhört. Schon am darauffolgenden Wochenende meldete die Springer-Presse: „Kanzler Kohl machte sich die Schelte des Düsseldorfer Richters zu eigen. Der Prozeß sei ein Mißbrauch rechtsstaatlicher Entwicklungen gewesen, der sich nicht wiederholen dürfe.“ Zwischen dem Bundesjustizministerium und dem Generalbundesanwalt Kay Nehm ist in dieser Woche vereinbart worden, den sogenannten großen Kurdenprozeß von Düsseldorf auszuwerten. Mit der Auswertung sind die Mitarbeiter des Generalbundesanwalt derzeit beschäftigt. Ein Sprecher des Bundesjustizministe-

riums sagte der Bild am Sonntag, es werde u.a. die Frage der Beschränkung eines Beweisantragsrechts geprüft. Dadurch solle ein Mißbrauch durch Verteidiger verhindert werden ...

Ein weiteres Ergebnis der Auswertung können wir jetzt konstatieren: die Aufsplitterung der Prozesse gegen Kurden in Verfahren mit wenigen Angeklagten quer durch die Bundesländer. Auch der massive Abbau der Verteidigerrechte für Beschuldigte im Strafverfahren wird seitdem verstärkt fortgesetzt.

Nicht ausgewertet wurde dagegen offensichtlich die Kritik von Verteidigung und Teilen der Öffentlichkeit an dem Düsseldorfer Verfahren und seinem Ergebnis:

- Nicht nur der Freispruch eines der Angeklagten von der Mordanklage und die Zurückweisung des Vorwurfs der Rädelsführerschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“, auch
- die Einstellung des Verfahrens in der sogenannten „Libanon-Anklage“,
- die personelle und zeitliche Begrenzung der angeblichen „terroristischen Vereinigung“, wonach nicht mehr die gesamte PKK-Führung, sondern nur ein Teil der Europaorganisation zu der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ gehören soll und deren Existenz nur bis zum Oktober 1987 festgestellt wurde.

Damit war das Szenario, das der Inhaftierung von mehr als 20 KurdInnen und der Anklageschrift aus dem Jahre 1988 zugrunde lag, endgültig zusammengebrochen. Waren doch Ausgangspunkt hierfür die Angaben zweier Hauptbelastungszeugen im Februar 1988, die behauptet hatten, soeben mit knapper Not dem Todesurteil durch die PKK im Rahmen eines „Volksgerichts“ entkommen zu sein.

Die Verteidigung stellte hierzu fest: „Der Versuch der Bundesanwaltschaft, die nationale Befreiungsbewegung PKK in einem Mammutschau-Prozeß über den §129a als „Terroristen“ zu kriminalisieren, ist gescheitert. Als „Beweis“ für die mittlerweile völlig unverfroren vom Bundesminister des Innern in seiner Verbotsverfügung gegen 35

kurdische Organisationen und der von der Bundesanwaltschaft im Einklang mit dem türkischen Regime betriebene Abstempelung der gesamten PKK als 'terroristisch' kann das Urteil gerade nicht dienen. Und auch im Sinne einer Ausweitung der Rechtsprechung zur terroristischen Vereinigung auf Auslands- und Massenorganisationen ist die Bundesanwaltschaft nicht sehr viel weiter gekommen, auch wenn die jetzt vom 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf kreierte Konstruktion einer zeitlich begrenzten kleinen 'terroristischen Vereinigung' innerhalb der PKK in der BRD in ihrem rechtspolitischen Folgen schlimmer ist.“

Die jetzt laufenden Verfahren

Auf der Grundlage eines ähnlichen Konstrukts hatte die BAW schon 1993 mit der Einleitung neuer Ermittlungsverfahren begonnen, die seit März 1994 zu den ersten Verhaftungen angeblicher „Terroristen“ geführt haben. Der Reigen der Verhandlungen vor den Staatschutzsenaten begann in Frankfurt:

□ Seit dem 25.9.1995 gegen drei Kurden wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer angeblichen terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK und z.T. wegen diverser Sachbeschädigungen und einer besonders schweren Brandstiftung (mit Todesfolge, Anschlag Wiesbaden) und schweren Landfriedensbruch u.a. Schwerpunkt der bisherigen Beweisaufnahme waren die mehrmonatige Vernehmung des neuen Kronzeugen Davut S. Ein Ende der Hauptverhandlung ist nicht in Sicht.

□ Seit dem 20.3.1996 in Hamburg gegen zwei Kurdinnen und einen Kurden wegen Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der „terroristischen Vereinigung“ sowie zweier Mordversuche (angebliche Bestrafungsaktionen gegen Anhänger eines „PKK-Dissidenten“ Selim Cürükkaya in Bremen und Hamburg im Oktober 1994); die Beweisaufnahme zu den konkreten Tatvorwürfen ist praktisch abgeschlossen; die Verteidigung hat Haftent-

lassungsanträge gestellt, weil der Tatverdacht durch die bisherige Beweisaufnahme nicht bestätigt worden sei; der Senat hat signalisiert, daß er an der Durchführung der Beweisaufnahme zur angeblichen „terroristischen Vereinigung“ kein großes Interesse habe.

□ Seit dem 10.4.1996 in Stuttgart-Stammheim gegen vier Kurden nur wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ geführt; die bisherige Beweisaufnahme drehte sich um die Identität der Angeklagten.

□ In München begann die Hauptverhandlung am 15.10. gegen drei Kurden wegen Mitgliedschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“.

Weitere Verhandlungen werden folgen:

□ In Düsseldorf soll die Hauptverhandlung gegen zwei Kurden am 26.11.1996 beginnen, die Anklage lautet auf Rädelsführerschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“, verbunden mit Sachbeschädigungen in mehreren Fällen und schweren Brandstiftungen bzw. Verabredung zu einem Verbrechen. Einem der Beschuldigten kreidet die BAW offenbar besonders übel an, daß sein Deckname - angeblicher Beweis für die hochkonspirative abgeschottete Tätigkeit der Kader in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ - sein tatsächlicher Vorname ist („Nihat A. - Deckname Nihat“).

□ In Stuttgart-Stammheim soll im November 1996 eine weitere Hauptverhandlung aufgrund der Anklage gegen 3 Kurden wegen Mitgliedschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ und Anstiftungen zu Verbrechen (angebliche Brandanschläge am 10.2.1996 in Stuttgart) beginnen und teilweise zur Beweisaufnahme mit dem Verfahren Stuttgart I verbunden werden; □ Zum OLG Celle hat die BAW unter dem 16.9.1996 Anklage gegen 2 Kurden wegen Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ und 3 besonders schweren Brandstiftungen erhoben.

Weitere Ermittlungsverfahren laufen u.a. gegen den früheren Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz, seinen angeblichen Nachfolger Murat E. wegen Rädelsführerschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ und zahlreiche weitere Kurdinnen und Kurden, die wegen §129a in U-Haft sitzen.

Zu den Anklagekonstrukten

Die Anklagekonstrukte ähneln dem des Düsseldorfer Verfahrens. Die angebliche Europaführung von PKK/ERNK bis hinunter zu sog. Gebietsverantwortlichen bilde seit 1993 die „terroristische Vereinigung“, die zwei Ziele habe: Anschläge auf türkische Einrichtungen und Bestrafungsaktionen gegen Parteifeinde der BRD.

Hierzu Zitate aus der Presseerklärung der Verteidigung vor dem OLG Hamburg: „Den beiden angeklagten Frauen wird vorgeworfen, als Rädelsführerin bzw. als Mitglied einer innerhalb der 'Europäischen Frontzentrale (türkisch: Avrupa Cephe Merkezi - ACM)' bestehenden Vereinigung, eine 'aktionistische Aktivitäten' Mordversuche in Bremen und Hamburg sowie eine Bedrohung in Bremen veranlaßt und zu verantworten zu haben. Die Taten hätten sich gegen Personen gerichtet, die sich von der PKK abgewandt hätten und dienten der Disziplinierung von PKK-Anhängern. Die angeklagten Frauen seien Regions- bzw. Gebietsverantwortliche der ACM bzw. eines 'Funktionärskörpers der PKK'. Dem Mitangeklagten Sait B. wird Tatbeteiligung in Bremen und Unterstützung der erwähnten 'Funktionärskörper' angelastet.“

Die inhaftierten KurdInnen bestreiten die Vorwürfe, auch die BAW behauptet

nicht, die unmittelbaren Täter der Mordversuche zu kennen. Die 98-seitige Anklageschrift erfüllt noch nicht einmal die dürftigen Anforderungen der Rechtsprechung zum Beleg der Voraussetzungen des umstrittenen §129a StGB.

In dem Hamburger Strafverfahren sieht die Verteidigung eine dünne Beweislage für die Behauptungen der BAW; vieles stützt sich auf Angaben von Kronzeugen, deren Glaubwürdigkeit zweifelhaft ist. Tatwaffe eines Mordversuches soll ein Gummihammer (!) sein. Die Anklageschrift ist konturenlos: so ist die angebliche „terroristische Vereinigung“ innerhalb der PKK, der die Angeklagten angehört haben sollen, überhaupt nicht konkret benannt (wohl, weil es sie nicht gibt). Der Generalbundesanwalt hat dies in einer Stellungnahme gegenüber dem OLG vom 22.2.1996 teilweise eingeräumt und erklärt, dann müsse in der Hauptverhandlung eine „ausreichend scharfe Bestimmung und



Hamburg, 15. Juni: Erstmals seit langem erlaubt: Eine kurdische Demonstration „Frieden jetzt“

Abgrenzung von Personen, Zusammenschluß, Struktur, Organisation und Art der Willensbildung“ erfolgen. Das ist das Eingeständnis, daß die Anklage die angebliche „terroristische Vereinigung“ in der PKK nicht belegen kann. Das Vorgehen der BAW ist juristisch obskur.

Hauptbeweismittel: Kronzeugen

Wie schon im Düsseldorfer PKK-Prozeß ist auch in den neuen 129a-Verfahren das wichtigste Beweismittel der sog. Kronzeuge. Hierzu ein Rückblick:

Maßgeblich auf Initiative des Generalbundesanwalts wurde die schon in den 70er Jahren geforderte und im ersten Anlauf noch parlamentarisch gescheiterte „Kronzeugenregelung“ in §129a-Verfahren mit dem Artikel-Gesetz (Vermummungsverbot usw.) durchgebracht und ist seit Juni 1989 in Kraft. Diese Regelung, die nur bis 1992 gelten sollte, wurde erstmals in der Geschichte der BRD von einem kurdischen Kronzeugen, Ali C., in Anspruch genommen. Der Sachbearbeiter der BAW hatte diesem Kronzeugen im September 1989 persönlich zugesichert, er werde sich in dem Berliner Verfahren für eine erhebliche Strafmilderung einsetzen, vorausgesetzt, daß dieser „auch in der Hauptverhandlung vor dem OLG Düsseldorf durch seine Zeugenaussagen an der Aufklärung der von ihm bereits genannten Straftaten mitwirke“, denn erst seine Aussagen (im Jahr nach Erhebung der Anklage!) hätten die Anklage „rundgemacht“, die sich vorher lediglich auf eine mutige „Indizienkette“ (taz vom 9.3.1990) gestützt hätte - ausgerechnet dieser Zeuge hatte in Schweden 1988 vergeblich versucht, die PKK-Spur im Palme-Mord-Verfahren durch neue „Beweise“ wieder aufzuwärmen; nach seinem Scheitern in Schweden - begleitet vom Rücktritt der auf ihn set-

zenden Justizministerin - wurde er Anfang 1988 auf Anforderung der BAW in die BRD ausgeliefert, wo ihm offenbar „mutige“ Bundesanwälte eine glänzende Karriere bereitet haben.

Ohne die Aussage dieses Kronzeugen wäre eine Verurteilung im Düsseldorfer PKK-Verfahren ebenso wenig möglich gewesen, wie in einer Reihe von anderen damaligen Verfahren. Trotz erheblicher Zweifel an der Richtigkeit seiner Angaben und Glaubwürdigkeit des Kronzeugen - der Angeklagte und die Verteidigung hatte ihm als dubiosen, gekauften und manipulierten Zeugen und mutmaßlichen Agenten des türkischen Geheimdienstes bezeichnet und zurückgewiesen - haben Bundesanwaltschaft und Gericht sich im wesentlichen Punkten auf ihn gestützt. Inzwischen hört man, daß die BAW nach neuen Erkenntnissen mit diesem Kronzeugen nicht sehr glücklich sein sollen (...)

Trotzdem stützt sich die BAW auch in

den neuen Verfahren im wesentlichen auf weitere Kronzeugen, die allerdings nicht aus der angeblichen Führungsebene stammen, so daß sie auch nicht über die Kenntnisse und den erforderlichen Einblick verfügen. (...)

Zu einer endgültigen Einschätzung dieses neuen Kronzeugen aus Verteidigersicht ist es zu früh, auffällig ist jedoch u.a.: Er stellte sich der Polizei kurz vor Ablauf seines Aufenthaltes in der BRD und erhielt, nachdem er monatelang beim Bundeskriminalamt Aussagen gemacht hatte, plötzlich überraschender Weise Asyl: Der Zeugenschutzbeamte des BKA hatte sich an die Asyl- und Ausländerbehörden gewandt, die BAW dem Verwaltungsgericht geschrieben, daß er „als Kronzeuge auftreten soll“ - ohne Durchführung einer gerichtlichen Verhandlung wurde er im Februar '95 vom Bundesamt anerkannt.

Der Fall des kurdischen Exilpolitikers Kani Yilmaz

Kein Fall verdeutlicht die aktuellen politischen Zusammenhänge der Kriminalisierung des kurdischen Freiheitskampfes in Westeuropa unter dem Vorwand der „Terrorismus-Bekämpfung“ besser als das Verfahren gegen den früheren Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz. Er hatte auf der ersten internationalen Konferenz zu Nord-West-Kurdistan/Türkei 1994 in Brüssel teilgenommen und dort eine Rede in Namen der Europa-Vertretung der ERNK gehalten, die in der Verlesung einer Erklärung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gipfelte. Darin bot dieser einen bilateralen Waffenstillstand unter internationaler Aufsicht an mit der Verpflichtung, „alle Resultationen der Konferenz, die auf eine Lösung des Konflikts abzielen, anzuerkennen“.

Ein halbes Jahr nach dieser wichtigen

Konferenz, die weite Beachtung fand, wurde Kani Yilmaz vor dem U-Bahnhof „Westminster“ auf dem Weg ins britische Parlament verhaftet, wo er mit den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschuß Lord Avebury, dem Labour-Abgeordneten J.A. Walker und anderen Abgeordneten des Ober- und Unterhauses zu politischen Gesprächen verabredet war. Seitdem sitzt er in London unter Isolationsbedingungen in Auslieferungshaft auf Antrag der Bundesregierung (auch auf der Grundlage eines Haftbefehls des GBA), die ihn als „Europas Top-Terroristen“ vor dem Staatsschutzsenat eines OLG anklagen will.

So schwer die strafrechtlichen Vorwürfe gegen Kani Yilmaz sind (ihm droht eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Rädelsführerschaft in der angeblichen „terroristischen Vereinigung“ sowie besonders schwerer Brandstiftung und der angeblichen Mittäterschaft bei mehr als 150 Brandanschlägen), so gering sind die Beweise: seine Verantwortlichkeit für die (Brand-) Anschläge, Besetzungen von türkischen Einrichtungen in Deutschland, die Kurden angelaufen werden, wird ebenso wie die Rädelsführerschaft einzig und allein aus seiner Stellung als Europa-Repräsentant der ERNK abgeleitet. Und so entpuppt sich dieses Konstrukt ganz deutlich als ein Angriff auf den legitimen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes Kurdistan gegen den drohenden Völkermord des türkischen Militärregimes mit den Mitteln des Straf- und Auslieferungsrechts und hierbei vor allem des berüchtigten §129a StGB. Gerade deshalb muß ein solches Anklagekonstrukt ernst genommen werden, hat es doch in dem eingangs erwähnten Düsseldorfer PKK-Verfahren ... zu 6 Jahren Untersuchungshaft geführt!

Das Auslieferungsverfahren, geht jetzt in die 3. Runde: Das Berufungsgericht hat zwar die Berufung gegen den Beschluß zurückgewiesen, mit dem die Auslieferung für zulässig erklärt wurde. Dies jedoch mit einer Begründung, die die Beschwerde zur höchsten Instanz des Gerichts, das beim „House of Lords“ angesiedelt ist, eröffnet. Dieses wird sich frühestens im Oktober mit den Argumenten seiner Londoner Rechtsanwälte und der Verteidigung im Ermittlungsverfahren befassen müssen. Danach ist die Auslieferung unzulässig, weil es sich bei den vorgeworfenen Straftaten in Wahrheit um politische Delikte handelt, eine politische Auseinandersetzung zwischen der PKK/ERNK und der Bundesregierung stattfindet, und dem Mandanten aus politischen Gründen eine Schlechterbehandlung in der Bundesrepublik droht.

Dieses Verfahren vor dem „House of Lords“ wird nicht nur in der britischen Öffentlichkeit interessiert verfolgt werden, sondern erstmals die Möglichkeit eröffnen, das dunkle Kapitel der Verfolgung kurdischer Exilpolitiker mit den Mitteln des berüchtigten §129a StGB unter dem Vorwand der „Terroristen-Verfolgung“ im Einklang mit den türkischen Sicherheitsbehörden vor dieser „ehrwürdigen“ obersten Instanz des britischen Parlaments aufzudecken.

Aktuelle Perspektiven

Vor dem Hintergrund der stürmischen Ereignisse in Kurdistan - kriegerische Auseinandersetzungen in Südkurdistan mit offener Einmischung nicht nur Sadam Husseins, sondern auch der türkischen Militärregierung, die in Südkurdistan/Irak eine „tote Zone“ einrichten will, neuen ökonomischen und Militärbündnissen usw. - scheinen sich die Zeiten aber auch bei uns zu ändern: Erinnern wir uns, vor einem halben Jahr hätte ein „Friedensfestival Kurdistan“ mit 100.000 Kurdinnen und Kurden weder

in Köln noch sonstwo in Deutschland stattfinden können. Die Pogromhetze gegen Kurdisinnen und Kurden im Zusammenhang mit den sogenannten „Kurden-Krawallen“ und dem Dortmund Demonstrationsverbot, die geheimdienstliche Desinformationskampagne mit der Behauptung eines angeblichen Schießbefehls der PKK-Führung auf deutsche Polizisten, ja von Mordanschlägen auf den Bundeskanzler und den Außenminister hatte ihren Höhepunkt erreicht. Inzwischen hat sich die Situation geändert: Nicht nur der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Türkei zum ersten Mal wegen Menschenrechtsverletzungen an Kurden verurteilt, das Europaparlament hat die Türkei erneut verurteilt und finanzielle Konsequenzen beschlossen – nein, auch in Deutschland sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Linie der Vernunft, der „Deeskalation“ sich durchsetzen könnte. Demonstrationen werden nicht mehr generell verboten, Sympathiekundgebungen für die PKK rigoros unterbunden, sondern: Das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst haben die Devisen ausgegeben, man müsse die PKK-Führung unter Abdullah Öcalan als „gemäßigten Führer“ – wer hätte das nach mehr als 10 Jahren Hetze gegen den „schlimmsten Terroristen“ und Diktator“ für möglich gehalten?! – stärken, vorbereitete Vereinsverbote werden nicht durchgesetzt, es finden wieder Gespräche mit Kurden statt. Noch ist unklar, wie weit das geht und was dahintersteckt.

Klar ist aber auf jeden Fall: Diese positiven Schritte sind auch das Ergebnis einer klugen und verantwortungsbewußten Politik der PKK-Führung. Sie hat eindeutig erklärt, in Deutschland keinen Krieg führen zu wollen, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, Kurden von spontanen Anschlägen u.a. gewaltsamen Aktionen abzuhalten, sondern zu versuchen, Deutschland in den Friedensprozeß in eine politische Lösung mit einzubinden. Vor allem aber ist es den Innenministern und der politischen Justiz nicht gelungen, den Einfluß der PKK/ERNK bei uns zu brechen. Im Gegenteil: Nach Angaben der verschiedenen Dienste soll ihr Einfluß sich erheblich ausgeweitet haben, wofür ja auch die Teilnahme an diesem Festival sprechen könnte.

Wenn wir also das PKK-Verbot wegen seiner politischen und historischen Dimension mit dem KPD-Verbot der fünfziger Jahre verglichen haben, so müssen wir feststellen: Im Gegensatz zur Kommunistenverfolgung der fünfziger und sechziger Jahre, die zu einem fast völligen Verschwinden ihres Einflusses geführt hat, hat die bisherige „konsequente Durchsetzung des PKK-Verbots“ ihr Ziel offenbar nicht erreicht!

Genauso wie es dem türkischen Militärregime nicht gelungen ist, die Bewegung für nationale und soziale Befreiung unter Führung der PKK in Kurdistan zu zerschlagen.

Zum Schluß noch einmal ein Zitat des Anklagevertreters aus dem Düsseldorfer Prozeß, Bundesanwalt G. Völz, aus einem Referat auf einer Tagung mit dem bezeichnenden Titel „Eine neue Dimension der strafrechtlichen Terrorismusbekämpfung am Beispiel der ... PKK“ aus dem Jahre 1990, das verdeutlicht, wie widersprüchlich die Politische Justiz gerade auf dem Feld der „Terrorismus“-Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung agiert. Unter dem Stichwort „Alternativen und Schlußbetrachtungen“ wird ausgeführt: „(...) Dabei wissen wir alle, daß das Strafrecht ultima ratio ist. Es verhindert keine Straftaten von Fanatikern und bringt die Täter selten zur besseren Einsicht. Was im konkreten Fall den Straftäter zum friedlichen Bürger machen könnte, wäre eine politische Lösung, die dem kurdischen Volk die staatliche und kulturelle Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sicherte. Denn das, was in der Türkei mit den Kurden geschieht, läßt sich nach heutigem Verständnis von Selbstbestimmungsrecht der Völker mit den Grundsätzen der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 verkündeten allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schwerlich in Einklang bringen.“

Diesen goldenen Worten ist entgegen zu halten, was die Verteidigung seinerzeit anlässlich des Urteils formulierte: „Urteilsbegründung und Berichterstattung erweckten den Eindruck, als sei es das Selbstverständliche von der Welt, daß die deutsche Justiz mit der Verfolgung eines Organisationsdelikts sich in interne Vorgänge einer legitimen nationalen Befreiungsbewegung gegen Kolonialismus, kolonialistische und rassistische Unterdrückung einmischte, und aus ihrer Führungsstruktur eine angebliche „terroristische Organisation“ konstruiert, statt sich auf die Verfolgung von Tötungen im Rahmen eines Schwurgerichtsprozesses unter rechtsstaatlichen Verfahrensbedingungen zu beschränken.“ (Erklärung der Verteidigung, 11.3.94)

So bleibt als Forderung aktueller denn je: *Beendigung der flächendeckenden Kriminalisierung der KurdInnen unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ – Einstellung der Verfahren nach dem berichtigten §129a StGB („Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“) – Freiheit für Kani Yilmaz und die anderen politischen kurdischen Gefangenen!*

H.-E. Schultz ist Anwalt in zahlreichen Kurdenprozessen. Sein aus Platzgründen hier gekürzter Beitrag erscheint vollständig in der nächsten „clockwork“ und im „Kurdistan-Rundbrief“.

Gegen einen „Parteiaufbau von oben“ und gegen Anpassung

Ein kurzer Bericht vom Bundeskongreß der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS

Am 18. bis 20. Oktober tagte in Berlin der Bundeskongreß der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS. Die Delegierten wurden durch BesucherInnen anderer linker Jugend-Organisationen (u.a. sjv, JD/JL etc.), Schülervertretungen und internationale Gäste in ihren Diskussionen noch weiter angeregt. Hier eine erste Pressemitteilung der AG über Ablauf und Ergebnisse.

Pressemitteilung des Bundes-sprecherInnenrats

Der mit 150 TeilnehmerInnen besuchte Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS ist gestern Nachmittag mit verschiedenen Resolutionen zur aktuellen Politik zu Ende gegangen. Unter dem Motto „Zurück in die Zukunft“ haben die „Jungen GenossInnen“ zuvor die soziale Lage junger Menschen diskutiert.

In Anträgen zu den Themenbereichen Hochschulpolitik, Ausbildung, Wohnen, Partizipation junger Menschen und Kinderarbeit legten die TeilnehmerInnen inhaltliche Aussagen der Organisation fest und bereiteten den im Januar anstehenden Parteitag der PDS vor. So wird die Arbeitsgemeinschaft einen Antrag zum Themenfeld Ausbildung einbringen, um sich in die inhaltliche Diskussion innerhalb der Partei einzumischen.

Bereits am Freitag wurde Kritik an einer möglichen Regierungsbeteiligung laut. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Roland Claus, Petra Pau und Christina Schenk lagen die Sympathien der jungen Menschen durchgehend bei den Vertretern außerparlamentarischer Opposition zu Systemtransformation. Christina Schenks Ansatz eines „praktischen Transzendentalismus“ wurde von den Zuhörern mit Applaus begrüßt.

Auch in der Frage eines neuen Parteistatutes wollen die „Jungen GenossInnen“ aktiv werden. So sprach sich der Kongreß für eine Doppelspitze der Partei aus und forderte den Erhalt einer maximalen Amtsdauer für Funktionäre von acht Jahren. Ein Antrag gegen die Veränderung der Zusammenschlußregelung des Parteistatutes, von einzelnen als „Lex KPF“ bezeichnet, fand keine Mehrheit. In ei-

ner Resolution lehnten es die „Jungen GenossInnen“ klar ab, die Statuten-Debatte für inhaltliche Auseinandersetzungen zu mißbrauchen.

Kontrovers und streckenweise emotional diskutierten die KongreßteilnehmerInnen am Sonntag eine mögliche Teilnahme an den Weltfestspielen der Jugend 1997 in Kuba. Aufgrund des „Jubelfeiercharakters“ der Veranstaltung und Demokratiedefiziten in der Vorbereitung lehnte eine Mehrheit eine Mitveranstalterrolle hieran ab. Allerdings soll eine Delegation zu einem anderen Termin Cuba bereisen und Gespräche mit Cubanern über die dortige Situation führen sowie praktische Solidarität mit der Bevölkerung üben.

Weiterhin wählte der Kongreß mit Sandra Brunner, Stefan Grunwald, Thorsten Lieder, Angela Marquardt, Rouzbeh Taheri und Halina Wawzyniak sechs Delegierte zum Bundesparteitag und beschloß die Unterstützung einer antifaschistischen Demonstration am 16. November im sächsischen Wurzen.

Die TeilnehmerInnen riefen zum Widerstand gegen Castor-Transporte auf und kritisierten die Räumung der Klagemauer auf der Kölner Domplatte. (Stefan Grunwald für den BundessprecherInnenrat, 21. Oktober 1996)

Nachtrag:

Die angestrebte Grundsatzdebatte, die auf Antrag dann jedoch vertagt wurde, bleibt weiterhin Hauptaspekt der westlichen AG-Strukturen. Die unterschiedlichen Entwürfe zum Grundsatzpapier der AG kennzeichnen die zwei verschiedenen Politikkonzepte. Diese wurden nicht diskutiert.

Eine auf dem Kongreß verteilte Streitschrift „Inhalt und Reform“, die sich mit Thesen zu acht verschiedenen Politikfeldern (z.B. Verkehr, Drogen, Inneres) auseinandersetzt, und zum Teil auf inhaltliche Defizite der PDS und deren Basis hinweist, wird wohl in den kommenden Wochen und Monaten die weitere inhaltliche Auseinandersetzung der einzelnen Arbeitsgruppen mitbegleiten.

Diese Streitschrift kann über Nils Kaiser, Tel. 030-24 00 93 30 angefordert werden. (jp)

TERMINE

2. November: Bundesweite Demonstration in Lübeck: „Offene Grenzen – Bleiberecht für Alle – Freispruch für Safwan Eid – Die Nazis vor Gericht“, Beginn 13 Uhr, Koberg.

2./3. November: PDS-Strategiekonferenz in Berlin im Haus am Köllnischen Park. Anmeldungen werden erbeten an PDS-Parteivorstand, Berlin, Tel. 030-24009-476 (Bernd Ihme) und Ute Wolf (Tel. 030-24009-599, Fax 030-24009-598). Beginn Samstag 9.00 Uhr.

5. November: US-Präsidentenwahl.

8.-10. November: 22. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. in 80336 München, Gewerkschaftshaus des DGB Bayern, Schwanthaler Str. 64. Anmeldungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in 506774

Köln, Zulpicher Str. 7, Tel./Fax 0221-2405120. 9. November: Bundesfrauenrat von Bündnis 90/Die Grünen in Kassel.

9./10. November: Bundesfrauenkonferenz der PDS in Berlin, Haus am Köllnischen Park. Infos über Vera Vondenbümen, PDS-Parteivorstand, Telefon 030-24009-398, Fax 030-24009-598.

14.-16. November: DGB-Bundeskongreß, Dresden, mit Beratung und Beschlußfassung über ein neues DGB-Grundsatzprogramm.

16. November: „Wurzen und Umland nicht in Nazihand“. Das „Leipziger Bündnis gegen Rechts“ ruft zu einer antifaschistischen Demonstration in Wurzen auf. Beginn: 14 Uhr am Bahnhof Wurzen.

16.-17. November: Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg/Volksfront,

Köln, Jugendgästehaus Köln Deutz, Siegestr. 5a (am 17.11.) und Herausgabetreff der „Antifaschistischen Nachrichten“ in Köln, ebenda (am 16.11. ab 13 Uhr)

16. November: 10 Jahre Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten. Jubiläumstagung im DGB-Haus in Hamburg, Besenbinderhof, ab 9 Uhr. Mit Vorträgen von Prof. Dr. Fritz Sack, Manfred Quedzuweit und Manfred Mahr. Ab 19 Uhr ist Feier im „Palé“, St. Pauli, Sternstraße 2. Anmeldungen werden erbeten an: Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg, Fax 0440-2273248.

29.11./1. Dezember: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Suhl (Thüringen), u.a. mit der Neuwahl des Vorstands.

6.-8. Dezember: Die „Informationsstelle Kurdistan e.V.“ lädt ein zum Seminar nach

Aachen: „Mit der Nähmaschine zur Befreiung. Projekte in Kurdistan als Politikersatz?“ Infos: Informationsstelle Kurdistan, Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel./Fax 0228/656127.

1997

24.-26. Januar: 1. Tagung des 5. Parteitag der PDS in Schwerin. TO: u.a. Beratung über sozialpolitische Aufgaben, über Feminismus und PDS sowie Neuwahl des Vorstands.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen

15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.

„Sehnsucht nach der heilen Welt“

Nazikulte, völkisches Denken, Esoterik. Ein Veranstaltungsbericht aus München

Für den 10. Oktober luden der Deutsche Freidenkerverband, die Kalia-Gemeinschaft München, das Kraillinger Forum und die VVN zu einer Veranstaltung über die Gefahren des Esoterikbooms ein. Als Referenten wurden das österreichische Historikerteam Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka gewonnen. Beide sind promovierte Geisteswissenschaftler, die sich seit Jahren mit diesen Zusammenhängen auseinandersetzen, Literatur dazu veröffentlichen, Vortragsreisen unternehmen und Seminare veranstalten. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Aufklärungsarbeit im Jugendbereich.

In der Einladung schreiben die Veranstalter: „Hinter der spirituellen Fassade des ‚esoterischen Supermarktes‘ verborgen sich ... häufig lebensverachtende Ideologien – von der Wiederbelebung arischer Kulte und Weltanschauung über die Bejahung von Atomkriegen bis hin zur Rechtfertigung von Völkermord und Unterdrückung. Dies zu erkennen, fällt meist sehr schwer, zu unverfügbaren Erscheinungen zunächst die entsprechenden Schriften, zu gering sind meistens auch die Möglichkeiten, Aufklärung und Hintergrundinformationen zu erhalten.“

In der Tat ist die Grenze zwischen dem scheinbar harmlosen Rühren im Kafeesatz und offen ausgeprägter faschistischer Ideologie, Rassismus, Kriegstreiberei und kompromissloser Menschenverachtung fließend. Esoterik läßt sich auf die Aussage zuspitzen, daß einem jeden genau das geschieht, was ihm zusteht. Die Biographie erscheint bis in die intimste Kleinigkeit hinein vorgezeichnet. So hält das Leben halt für den politisch tätigen Kurden die Folter, für das indische Kind die Sklavenarbeit, das kleine thailändische Mädchen die Prostitution und den Kapitalisten das rücksichtslos parasitäre Leben bereit. Gerechtfertigt ist das nämlich allemal, verbreitet die einschlägige Literatur der esoterischen Vordenker, denn das Karma will es so, und was kann dann noch daran falsch sein, wenn der, der im vergangenen Leben als Frosch vom Storch gefressen wurde, nun im dicken BMW ein Rentnerhepapa im Kleinwagen in den Graben drängen kann. Schließlich entwickelt sich das Subjekt im Laufe seiner vielen Leben auf einer Stufenleiter hinauf zu immer Höherem, Besserem und Edlerem, um letztendlich als Lichtgestalt ins Nirwana einzutreten. Wenn das nach den vielen Erfahrungen an sich und anderen nicht mehr als recht und billig ist!

Zurück zur Veranstaltung: Interessant waren auch die Informationen über die Entstehungsgeschichte der Esoterik, deren Beginn etwa zur Jahrhundertwende und die zahlreichen personellen Verflechtungen von namhaften Vertretern dieser Strömung mit dem langsam aufkeimenden, zuerst deutschnationalen, dann inschlüsslichen Lager. Wen nimmt es dann noch wunder, daß Rudolf Hess Anthroposoph war? Aber auch dem österreichischen Gefreiten, der es

selbst zu etwas, vor allem aber unzähligen anderen den Tod brachte, sagt man eine Liebe in diese Richtung nach. Das soll nicht heißen, daß jeder, der der New Age-Bewegung, der Esoterik, dem Satanismus, aber auch dem Bioregionalismus und wie die gängigen Ausprägungen alle heißen mögen, nachhängt, gleich ein Faschist ist. Auch die Anhänger Steiners spalteten sich über dieser Frage, als es darum ging, mit fliegenden Fahnen ins deutschnationale Lager überzutreten. Gleichzeitig gab es aber auch zuhauf Gruppierungen, die von den Nazis in die Konzentrationslager gesteckt wurden. Nicht, weil sie ihnen zu weit rechts waren, sondern weil sie einerseits im Machtkampf unter den verschiedenen Strömungen unterlagen und andererseits, weil sie die nationalsozialistische Blut- und Boden-Ideologie in dieser offen mystischen Ausprägung in ihrer breiten Akzeptanz nur behindern konnten und sich somit als Störfaktor erwiesen.

Klar wurde auf der Veranstaltung auch umstandslos, wieso die Herrschenden, die Kriegstreiber, Revanchisten und das Kapital schnell einen Narren an der Esoterik fressen konnten: In den Zeiten wirtschaftlicher Depression, Armut und Perspektivlosigkeit verlangte es einerseits viele nach Orientierung, Konzepten und Sicherheiten. Gleichzeitig bestanden diese Konzepte ohnehin, läßt man das Affentheater und den Hokusfokus einmal außer acht, größtenteils in den Vorstellungen des deutschen Kapitals – und das wollte auf der Welt Ordnung schaffen und die Macht- und Eigentumsverhältnisse in Europa nachhaltig zu seinen Gunsten verändern. Dazu brauchte es Herrenmenschen und Sklaven, nämlich solche, die zu etwas Besserem und andere, die als Schufte geboren sind. Und das Ganze wäre nicht schlüssig ohne eine dritte Gruppe, die Juden, denen die Existenzberechtigung gleich ganz abgesprochen wurde. Was für ein komischer Zufall auch, daß so mancher unter ihnen über nicht unbeträchtliches Vermögen verfügte.

Wie man sieht, ist das Feld, auf dem sich die Rechten betätigten, äußerst breit und weitreichend. Beim genauen Hinsehen erkennt man durchaus gängige Parolen reaktionärer alltäglicher Politik wieder. So drängt sich z.B. beim Begriff Bioregionalismus das „Europa der Regionen“ der CSU auf. Es dürfte sich allemal lohnen, die Bücher dieser Okkultistenbande genauer in Augenschein zu nehmen, sich vor allem aber mit ihrer Anwendbarkeit auf aktuelle Verhältnisse aus-

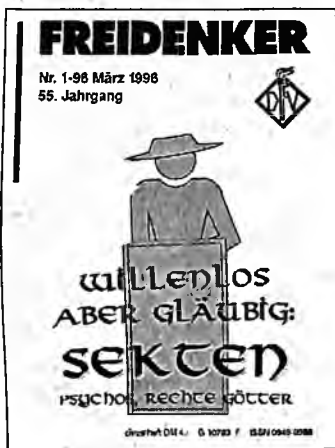
einanderzusetzen. Dazu gibt es Literatur.

Perspektive: Aufklärung durch Seminare

Welche Perspektiven bieten Gugenberger und Schweidlenka? Ihnen geht es vor allem darum, wissenschaftlich zu untersuchen, warum sehr viele Jugendliche ideologischen Rattenfängern zum Opfer fallen und von ihnen abhängig gemacht werden. Das hat seine Ursache, so die beiden Autoren, im mangelndem Vertrauen der Kinder zu ihren Eltern. Sind diese im Streß, hören den Kindern nicht zu oder beantworten keine Fragen, wenden sich die jungen Menschen an andere Bezugspersonen. Deshalb bieten die zwei Forscher Schulen und Jugendeinrichtungen überparteiliche und überkonfessionelle Aufklärungsvorträge an, bei denen „es nicht um eine einseitige Aburteilung der Esoterik und der neuen Spiritualität geht, sondern um eine verantwortungsbewusste Unterscheidung der Chancen und Gefahren.“ (Zitat aus Kursbeschreibung). Ebenso sollen die Eltern nicht ausgeklammert werden; auch für sie gibt es die Chance, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Gugenberger und Schweidlenka setzen auf eine individuelle Hilfe für Jugendliche und damit auf ein klärendes Gespräch im sogenannten „angstfreien Raum“, in dem sie ohne Furcht vor Repressionen Gelegenheit bekommen, über ihre Wünsche, Ängste und Bedürfnisse zu reden.

Die Autoren bieten auch weitergehende Seminare, meist Wochenendkurse, an, die sich mit Themenkreisen wie Musik und Okkultismus beschäftigen. Dabei werden auch Bereiche wie Drogenmißbrauch, Ekstase, New-Age-Musik und die Wirkung von volkstümlichen Klängen auf Menschen gestreift. Die Seminarteilnehmer arbeiten dabei in Arbeitsgruppen, tauschen sich am Ende im Plenum aus. Es gibt auch einen Seminarblock zum Thema „Esoterik, Mythos und Politik“, der das Werk der zwei Autoren „Die Fäden der Nornen“ zur Grundlage hat. In der Steiermark soll ab Herbst außerdem ein Pilotprojekt entstehen: Menschen, die bereits mit satanistischen Kreisen Erfahrungen gemacht haben, soll in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendreferat und mit der Jugendberatungsstelle LOGO (jeweils Steiermark/Österreich) kostenlose Hilfe und anonyme Beratung ermöglicht werden. Wichtig sei vor allem, so die beiden Wissenschaftler, jungen Menschen Selbstbewußtsein zu vermitteln und sie

nicht in die Hände von Scharlatanen fallen zu lassen. Dazu gehört es auch, daß sie sich in der Gesellschaft zurechtfinden und nicht dem allgemeinen Esoterikboom folgen. Den Grund für das Blühen solcher Strömungen glaubt Schweidlenka gefunden zu haben: „Die Leute sehnen sich nach einer heilen Welt.“ (die, Joe, aus: Münchner Lokalberichte)



Titelbilder der Verbandszeitschrift des „Deutschen Freidenker-Verbandes e.V., Sitz Dortmund“. Bezug über Elmar Klevers, Postfach 102 112, 50461 Köln.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelle aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christian Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern: Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift: